

Stenographisches Protokoll.

5. Sitzung der V. Session der VI. Wahlperiode des Landtages von Niederösterreich.

Dienstag, den 16. Dezember 1958.

Inhalt

1. Eröffnung durch Präsident Sassmann (Seite 41).
2. Abwesenheitsanzeigen (Seite 41).
3. Mitteilung des Einlaufes (Seite 41).
4. Verhandlung:

Antrag des Finanzausschusses, betreffend den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1959. Berichterstatter Abgeordneter Schöberl (Seite 41); Rede des Finanzreferenten Landesrat Müllner (Seite 43); Redner zur Generaldebatte: Abg. Dubovsky (Seite 51), Abg. Wondrak (Seite 60), Abgeordneter Hilgarth (Seite 68).

Spezialdebatte zur Gruppe 0, Landtag und Allgemeine Verwaltung, ordentlicher Voranschlag, außerordentlicher Voranschlag und Eventualvoranschlag. Berichterstatter Abgeordneter Schöberl (Seite 76).

PRÄSIDENT SASSMANN (um 13 Uhr 6 Minuten): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt; es ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Von der heutigen Sitzung sind entschuldigt Abg. Dr. Haberzettl, Landeshauptmann Steinböck, Präsident Endl und Landeshauptmannstellvertreter Ing. Kargl.

Die Zahl 601 der Tagesordnung betrifft den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1959. Die Anträge hierzu sind in der vom Finanzausschuß in seiner Sitzung vom 11. Dezember 1958 beschlossenen Form im Voranschlag enthalten. Der Antrag des Finanzausschusses, betreffend den Gesetzentwurf über die Einhebung einer Landesumlage für das Jahr 1959, liegt auf den Plätzen der Herren Abgeordneten auf.

Der Herr Landeshauptmann hat die Anfrage der Abgeordneten Stangler, Weiss, Tesar, Hobiger, Fehring, Dr. Haberzettl und Genossen, betreffend den Finanzierungsvorschlag des Aufsichtsrates der Österreichischen Rundfunk-Gesellschaft m. b. H., schriftlich beantwortet. Diese schriftliche Beantwortung liegt auf den Plätzen der Herren Abgeordneten auf.

Ich ersuche um Verlesung des Einlaufes.

SCHRIFTFÜHRER (liest): Vorlage der Landesregierung, betreffend die Bezirksfürsorgeverbände Wien-Umgebung, Baden, Hollabrunn, Krems, Mödling und Tulln, Bericht des Rechnungshofes über die Gebarungsprüfung 1955 und 1956.

Vorlage der Landesregierung, betreffend die Stadtgemeinde St. Pölten, Bericht des Rechnungshofes über die Gebarungsprüfung 1956 und 1957.

Vorlage der Landesregierung, betreffend den Verwendungsnachweis über die im Jahre 1957 zur Förderung der Landeskultur erhaltenen Landesmittel.

Vorlage der Landesregierung, betreffend den Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz vom 19. Juli 1956, LGBI. Nr. 79, über den Verkehr mit land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken (Grundverkehrsgesetz), abgeändert wird.

PRÄSIDENT SASSMANN (nach Zuweisung des Einlaufes an die zuständigen Ausschüsse): Wir gelangen zur Beratung der Tagesordnung. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn Abg. Schöberl, durch seinen Bericht die Verhandlungen zum Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1959 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL: Hohes Haus! Ich habe die Aufgabe, den Entwurf des Voranschlages für das Jahr 1959 nach eingehenden Beratungen und genauester Durcharbeitung aller einzelnen Posten im Finanzausschuß dem Hohen Landtag vorzulegen. Die Behandlung und Genehmigung des Voranschlages ist jene bedeutsamste, jährlich wiederkehrende Tätigkeit des Landtages, in welcher er einen Gesamtüberblick über den Aufgabenbereich des Landes und über die Aufbringungsmöglichkeiten der Mittel erhält, in welcher aber auch wohl abzuwägen ist, wie sehr infolge der Begrenzung der zur Verfügung stehenden Mittel Maßhaltung auf der Ausgabenseite geboten erscheint.

Wenn nunmehr die einzelnen Posten dieses Entwurfes zur Behandlung kommen, so möchte ich daran erinnern, daß das vor-

liegende Zahlenwerk von den einzelnen Referaten in Teilentwürfen erstellt werden mußte und schließlich vom Finanzreferat in einen Gesamtentwurf zusammenzufassen war. Gerade diese Arbeiten bedürfen einer besonderen Umsicht, und vor allem wegen ihres Umfangs eines ganz bedeutenden Fleißes. Ich möchte daher von dieser Stelle aus allen mit dieser Arbeit befaßten Beamten den herzlichsten Dank aussprechen.

Die Gliederung des Voranschlages ist im grundsätzlichen der der Vorjahre gleichgeblieben. Neben dem ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag wird auch für das Jahr 1959, wie für die letzten zwei Jahre, ein Eventualbudget vorgelegt, welches nur nach Maßgabe des Vorhandenseins entsprechender Bedeckungsmittel realisiert werden soll.

Ich darf mir nunmehr erlauben, die Einzelheiten des Gesamtvoranschlages zur Kenntnis zu bringen:

Die Einnahmen und Ausgaben des Gesamtvoranschlages für das Jahr 1959 zeigen summenmäßig folgende Ergebnisse:

Die Ausgaben des ordentlichen Voranschlages betragen 1.209,565.300 S, die des außerordentlichen Voranschlages 84,995.000 S und die des Eventualvoranschlages 99,550.000 Schilling, zusammen daher 1.394,110.300 S.

Demgegenüber stehen Einnahmen im ordentlichen Voranschlag von 1.124,721.800 S und im außerordentlichen Voranschlag von 50,000.000 S, zusammen von 1.174,721.800 S.

Es ergibt sich mithin ein Abgang im ordentlichen Voranschlag von 84,843.500 S, im außerordentlichen Voranschlag von 34,995.000 Schilling und im Eventualvoranschlag von 99,550.000 S, zusammen von 219,388.500 S.

Die Bedeckung dieses Abganges soll durch Einsparungen, und soweit es sich um den außerordentlichen und den Eventualvoranschlag handelt, durch Aufnahme von Darlehen oder Anleihen erfolgen, soweit sie nicht durch Mehreinnahmen gefunden werden kann.

Das Gesamtausgabevolumen des Voranschlages für das Jahr 1958 bezifferte sich unter Berücksichtigung der Zuführung zum außerordentlichen Haushalt von 85,000.000 S auf 1.240,455.800 S. Die entsprechende Ziffer für das Voranschlagsjahr 1959 lautet bei einer Zuführung an den außerordentlichen Haushalt von 50,000.000 S auf den Betrag von 1.344,110.300 S. Dies entspricht einer Erhöhung des Gesamtausgabevolumens um 8,4 Prozent.

Im ordentlichen Voranschlag ergeben sich gegenüber dem Vorjahr Mehrausgaben von 89,774.500 S, denen Mehreinnahmen von

77,287.200 S gegenüberstehen. Es ergibt sich somit eine Erhöhung des Abganges gegenüber dem Vorjahr um 12,487.300 S.

Die Mehreinnahmen sind in der Hauptsache auf den voraussichtlichen Mehreingang an Gewerbesteuer Spitzenausgleich und auf den höheren Ersatz für Ausgleichszulagen nach dem ASVG und GSPVG zurückzuführen. Ein weiterer Grund liegt in den Mehreingängen des Beitrages des Bundes zur Wohnbauförderung gemäß § 4 des Wohnbauförderungsgesetzes 1954 sowie der Eingänge an Tilgungsraten an Darlehen für Wohnbauhilfen für klein- und mittelbäuerliche Betriebe und sonstige Darlehen. Die restliche Einnahmenvermehrung ergibt sich aus verschiedentlich höheren Verwaltungseinnahmen.

Die Mehrausgaben entfallen mit einem Betrag von rund 3,770.000 S auf den Personalaufwand und mit einem Betrag von rund 86,000.000 S auf den Sach- und Zweckaufwand. Der Personalaufwand, welcher im Rechnungsabschluß 1957 31,84 Prozent der ordentlichen Ausgaben in Anspruch nimmt, erhöht sich im Voranschlag 1958 auf 33,3 Prozent und senkt sich nunmehr im Jahre 1959 auf 31,2 Prozent.

Der Abgang hält sich in annehmbaren Grenzen. Es muß jedoch Vorsorge getroffen werden, daß er nach Möglichkeit durch geeignete Maßnahmen noch im selben Jahr ausgeglichen wird. Diese Maßnahmen sollen wie in den Vorjahren darin bestehen, daß durch eine allgemeine, gleiche, prozentuelle Kürzung aller Ausgabenkredite des ordentlichen Haushalts, welche nicht Pflichtausgaben, das heißt auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage basierende Ausgaben sind, eine Hereinbringung ermöglicht wird.

Der außerordentliche Voranschlag weist einen Abgang von 34,995.000 S aus. Die dort vorgesehenen Einnahmen bestehen aus der Zuführung aus dem ordentlichen Haushalt von 50,000.000 S.

Im Eventualvoranschlag sind Ausgaben von 99,550.000 S vorgesehen, denen keine entsprechenden Einnahmen gegenüberstehen. Die Bedeckung wird durch Kreditoperationen oder durch Zuführungen aus dem ordentlichen Haushalt zu finden sein. Sollten die Maßnahmen nicht die volle Deckung des Eventualvoranschlages ergeben, muß der Abgang so weit in Grenzen gehalten werden, um die Bedeckung desselben im ordentlichen Voranschlag für das Jahr 1960 finden zu können.

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, über diesen Bericht die Generaldebatte abführen zu lassen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Vor der Generaldebatte hat sich der Finanzreferent des Landes Niederösterreich, Landesrat Müller, zum Wort gemeldet.

Landesrat MÜLLNER: Hohes Haus! Mit dem Budget für das Jahr 1959 habe ich die Ehre, dem Hohen Hause das zehnte Budget des Landes Niederösterreich vorzulegen. Es ist in seiner Gesamtzusammenstellung in ähnlicher Form gehalten wie das vorjährige Budget. Wir haben um 90 Millionen Schilling mehr ordentliche Ausgaben als im Jahre 1958. Der ordentliche Haushalt beläuft sich auf insgesamt 1,2 Milliarden Schilling, wobei wir aber festhalten müssen, daß in diesen 90 Millionen Schilling Mehrausgaben 50 Millionen Schilling als Durchlauferposten, und zwar für den Gewerbesteuerpitzenausgleich und für die Ausgleichszulage nach dem ASVG und GSPVG, enthalten sind, so daß wir ein wirkliches Mehr von 22 Millionen Schilling für den Schuldendienst und von 23 Millionen Schilling für die Abgangserhöhung der Vorjahre zu verzeichnen haben. Diese Summen konnten wir dadurch paralisieren, daß wir an den außerordentlichen Haushalt 35 Millionen Schilling weniger überweisen und den Abgang um 12 Millionen Schilling erhöhen.

Ein kurzer Überblick über die Ausgabenbearbeitung im ordentlichen Haushalt kann uns erkennen lassen, daß dieser ungefähr drei gleiche Abschnitte hat: ein Drittel fällt auf den Personalaufwand, ein Drittel auf den Finanzsachaufwand und die Durchlauferposten und ein Drittel auf den produktiven Sachaufwand, das sind die Ausgaben für die Wohnbauförderung, Wasser-, Kanalbau- und die Zweckaufwendungen für Straßen und Landesanstalten. Freilich ist für 1959 nicht ganz ein Drittel für den produktiven Sachaufwand vorgesehen, es ist etwas weniger, und der Finanzsachaufwand und die Durchlauferposten erfordern mehr als ein Drittel. Das Erfreuliche aber ist, daß der Personalaufwand nicht über ein Drittel gestiegen, vielmehr gegenüber dem Vorjahr gesunken ist.

Im außerordentlichen Budget haben wir 85 Millionen Schilling eingesetzt, also weniger als in diesem Jahr. Dafür haben wir wieder ein Eventualbudget mit fast 100 Millionen Schilling aufgestellt, so daß wir, wenn wir diese Posten als wirklich reine, produktive Arbeitsbeschaffungsstellen bezeichnen, einen Sachaufwand von 185 Millionen Schilling im außerordentlichen und Eventualbudget haben. Wenn ich noch den produktiven Sachaufwand des ordentlichen Budgets

von ungefähr 360 Millionen Schilling dazu zähle, so sind es 550 Millionen Schilling, die für Sachaufwendungen oder produktive Arbeiten verwendet werden können. Also von dem ganzen Budget fast eine halbe Milliarde Schilling für produktive Arbeiten!

In einem Budget von insgesamt 1,4 Milliarden Schilling Aufwand erscheint ein Gesamt- abgang von 220 Millionen Schilling; er hält sich ungefähr mit jenen der Budgets der vorhergehenden Jahre im Gleichgewicht.

Weil ich, wie ich schon gesagt habe, heute über das zehnte Budget referiere, glaube ich, daß es angezeigt ist, daß ich die Budgetziffern von zehn Jahren vergleiche.

Wie war das Budget von 1950? Vergegenwärtigen wir uns die damalige Zeit, knapp nach der Währungsreform, wo sich die Preise und Waren ungefähr einzuspielen begonnen haben. Wir hatten damals Ausgaben von 311 Millionen Schilling, heuer haben wir ordentliche Ausgaben von 1,2 Milliarden Schilling. Ein gewaltiger Sprung! Aber wenn wir uns die Zahlen Jahr für Jahr vergegenwärtigen, dann haben wir folgende Ziffern zu vergleichen: 311 Millionen, 360 Millionen, 535 Millionen, 520 Millionen, 580 Millionen, 720 Millionen, 850 Millionen, 1050 Millionen, 1120 Millionen und heuer 1210 Millionen Schilling. Das ist ein gewaltiger Anstieg, er erzählt uns von der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes mehr, als wir in Büchern lesen können.

Wenn wir die Abgänge vergleichen, so betrug der Abgang im Jahre 1950 21 Millionen Schilling, heuer beträgt er 84 Millionen Schilling. Diese Abgänge halten sich sohin im Verhältnis zu den Ausgaben so ziemlich die Waage. 300 Millionen Schilling Ausgaben 1950 mal vier ist gleich 1,2 Milliarden Schilling Ausgaben 1959, 21 Millionen Schilling Abgang 1950 mal vier sind 84 Millionen Schilling Abgang 1959. Also wieder der vierfache Betrag!

Wenn wir das außerordentliche Budget betrachten — wobei wir für 1959 das außerordentliche und das Eventualbudget zusammenzählen müssen, um es zu vergleichen —, so hatten wir im Jahre 1950 46 Millionen Schilling, für 1959 haben wir 185 Millionen Schilling, also ebenfalls fast das Vierfache. Und wenn wir die Abgänge dieser beiden Jahre vergleichen, so hatten wir 35 Millionen Schilling Abgang im außerordentlichen Budget des Jahres 1950 und 135 Millionen Schilling Abgang im außerordentlichen und im Eventualbudget 1959. Wenn wir den Gesamt- abgang des Jahres 1950 von 56 Millionen Schilling und den Gesamt- abgang von 220 Millionen Schilling für 1959

vergleichen und zueinander ins Verhältnis setzen, haben wir auch wieder das Vierfache.

Es könnte vielleicht vermutet werden, daß das alles abgestimmt worden wäre. Aber auf Grund der tatsächlichen Entwicklung können wir es als gegeben annehmen, insbesondere dann, wenn wir die Rechnungsabschlüßziffern vergleichen. Ich möchte den Rechnungsabschluß 1949 mit dem Rechnungsabschluß 1957 vergleichen. 1949 hatten wir Ausgaben von 270 Millionen Schilling, im Jahre 1957 von 1111 Millionen Schilling, also etwas mehr als das Vierfache. Im außerordentlichen Aufwand des Jahres 1949 hatten wir 70 Millionen Schilling und 1957 280 Millionen Schilling, also ebenfalls das Vierfache. 1949 hatten wir einen Abgang von 15 Millionen Schilling, im Jahre 1957 einen solchen von 72 Millionen Schilling, also wieder ungefähr das Vierfache!

Diese Entwicklung läßt eine Gegebenheit erscheinen, die vielleicht nicht immer wahrgenommen wird. Wir müssen nämlich feststellen, daß die Entwicklung der Aufwände in diesen Jahren nur durch die Einnahmen dieser Jahre gegeben ist, und es ist daher die Frage zu stellen, ob die Einnahmen oder die Steuererträge auch auf das Vierfache gestiegen sind.

Vielleicht darf ich erwähnen, daß sich der Ertrag der Gewerbesteuer von 1949 auf 1957 — ich verbessere mich —, von 1949 auf 1958 auf fast das Fünffache erhöht hat, und zwar von 60 Millionen auf 291 Millionen Schilling. Dabei müssen wir bedenken, daß wir in Niederösterreich pro Jahr und Kopf der Bevölkerung nur 208 S Gewerbesteuerertrag haben. In der Steiermark sind es weit mehr, dort werden 317 S pro Jahr und Kopf der Bevölkerung gerechnet; in Oberösterreich 339 S, in Salzburg 363 S, in Vorarlberg beträgt er sogar 487 S gegenüber 208 S bei uns in Niederösterreich. In Vorarlberg macht also der Gewerbesteuerertrag mehr als das Zweifache aus. Und wenn wir jetzt wieder einen Sprung von Vorarlberg zurück nach Wien machen, so ist in Wien der Gewerbesteuerertrag 542 S, also mehr als das Zweieinhalbfache von Niederösterreich. Wien hat im Jahre 1949 nur 66 Millionen Schilling budgetiert, obwohl das Finanzministerium damals 108 Millionen Schilling vorausgesagt hat; die Gewerbesteuer erbrachte im gleichen Jahre in Wien 236 Millionen Schilling. Im Jahre 1958 budgetierte man in Wien 720 Millionen Schilling, das Finanzministerium hat 761 Millionen Schilling vorausgesagt. In Wien allein wird die Gewerbesteuer im heurigen Jahr 877 Millionen Schilling erbringen. Wenn man diese 877 Millionen Schilling den 66 Millionen

Schilling des Jahres 1949 gegenüberstellt, so ist die Gewerbesteuer auf das Dreizehnfache gestiegen. Wir müssen uns also nicht schockiert zeigen, daß unsere Einnahmen auf das Vierfache gestiegen sind; in Wien ist die Gewerbesteuer um ein Vielfaches gestiegen! Freilich könnte jemand sagen, die Gewerbesteuer ist nur eine Gemeindesteuer, sie ist aber jedenfalls ein Wertmaßstab für die Steuererbringung.

Wie ist nun das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer? Der Bevölkerungsstand in Niederösterreich beträgt 20,2 Prozent. Wir hätten also eine veranlagte Einkommensteuer von 413,5 Millionen Schilling zu erwarten, bringen aber nur 12,1 Prozent, das sind 247,1 Millionen Schilling auf, also um 166,4 Millionen Schilling weniger. Auch die Länder Kärnten, Oberösterreich und Steiermark bringen etwas weniger an veranlagter Einkommensteuer auf, als ihrem Bevölkerungsstand entsprechen würde. Salzburg erreicht schon fast den der Bevölkerungszahl entsprechenden Ertrag. Tirol hat statt 6,2 Prozent bereits 6,6 Prozent, erhält also statt 126 Millionen 135 Millionen Schilling, das sind um 9 Millionen Schilling mehr. Das kleine Bundesland Vorarlberg bringt statt 2,8 Prozent, wie es der Bevölkerungszahl entspricht, das Doppelte, nämlich 5,6 Prozent auf und erhält statt 57 Millionen 113,8 Millionen Schilling, also um 56,8 Millionen Schilling mehr. Die Gemeinde Wien hat nicht ein Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer von 23,3 Prozent, sondern als Land und Gemeinde von 40,1 Prozent. Sie erhält daher statt 476,8 Millionen 821,2 Millionen Schilling, also um 344,4 Millionen Schilling mehr, als ihr nach der Bevölkerungszahl zukäme. Wenn Sie die veranlagte Einkommensteuer von Niederösterreich im Betrage von 247 Millionen Schilling und die der Gemeinde Wien mit 821 Millionen Schilling vergleichen, können Sie feststellen, daß Wien fast das Dreieinhalbfache an fätierter Einkommensteuer mehr bekommt als Niederösterreich. Ich sage dies deswegen, damit Sie die finanzielle Grundlage unseres niederösterreichischen Landeshaushaltes erkennen. Es ist wohl richtig — gestern wurde im Wiener Gemeinderat über die finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinde Wien gesprochen —, daß die Gemeinde Wien als Land und Gemeinde nicht 23,3 Prozent der gesamten Einkommensteuer aller Länder und Gemeinden erhält, sondern 31,5 Prozent, während Niederösterreich statt 20,2 Prozent 16 Prozent bekommt. Wir können also feststellen, daß Wien als Land und Gemeinde das Doppelte von dem erhält, was Niederösterreich als Land mit

seinen sämtlichen Gemeinden zusammen bekommt. Es würde zuweit führen, hier die Beträge im einzelnen aufzuzählen. Während in Niederösterreich nach dem Rechnungsabschluß 1957 die Gemeinden und das Land fast gleich viel erhielten, ist im Jahre 1958 durch den Gewerbesteuer Spitzenausgleich eine Verbesserung zugunsten der Gemeinden eingetreten. Die Gemeinde Wien erhält als Gemeinde aber mehr als das Doppelte von dem, was es als Land bekommt, nämlich zusammen 2760 Millionen Schilling. Hier ist der Unterschied an Steuerkraft einer Bundeshauptstadt, die außerdem Land ist, besonders bemerkbar. Wäre Niederösterreich und Wien ein Land und die Gemeinde Wien und die Gemeinden Niederösterreichs selbständig, dann würde das geschlossene Land so viel erhalten, wie Wien als Gemeinde allein. Das Land Niederösterreich hat nämlich im Jahre 1957 750 Millionen Schilling bekommen und die Gemeinde Wien als Land 870 Millionen Schilling. Ich zeige das nicht auf, um eine Kritik zu üben, ich will Ihnen aber nur folgendes zu überlegen geben: Nehmen Sie Oberösterreich die Landeshauptstadt weg und machen Sie Linz zu einem Land, nehmen Sie Steiermark Graz weg und machen Graz zu einem Land und geben Sie diesen Städten auch die Landesanteile, so gehen diese Länder zugrunde. Ich sage das deshalb mit dieser Schärfe, weil die Situation nie richtig erkannt wird. Insbesondere jetzt bei den Finanzausgleichsverhandlungen ist es für die anderen Länder unverständlich, wieso Niederösterreich diese finanzielle Schwäche aufweist. Ich vergleiche Niederösterreich mit den anderen Bundesländern: Es ist interessant, festzustellen, daß von den Ertragsanteilen der Länder, mit Ausnahme jener von Wien, auf Niederösterreich 26,3 Prozent entfallen, während Oberösterreich und Steiermark je 20,8 Prozent und die anderen Bundesländer die jeweiligen Prozente erhalten. Wenn Niederösterreich im Jahre 1958 26,3 Prozent von dem nur auf die Bundesländer entfallenden Anteil bekommen hätte, so würden seine Ertragsanteile um 26,5 Millionen Schilling mehr ausmachen. Selbstverständlich würden auch andere Bundesländer mehr erhalten, so insbesondere Kärnten um 5,7 Prozent, Steiermark um 3,5 Prozent; auf das Burgenland möchte ich nicht näher eingehen, weil dort die Verhältnisse schlechter liegen. Nun zurück zu den westlichen Bundesländern. So erhält Salzburg nicht 160 Millionen Schilling, wie es der Anzahl seiner Einwohner entsprechen würde, sondern um 11 Millionen Schilling mehr, Tirol erhält nicht 210 Millionen Schilling,

sondern um 14,9 Millionen Schilling mehr, und Vorarlberg nicht 95,8 Millionen Schilling, sondern um 27,5 Millionen Schilling mehr. Sie sehen, je weiter wir nach dem Westen kommen, desto besser ist die wirtschaftliche Gestaltung dieser Länder. Es wäre daher zu erwarten, daß in einem neuen Finanzausgleich dieses Gefälle von Westen nach Osten ausgeglichen wird. Ich hätte darüber nicht gesprochen, da aber in einigen Zeitungen die Nachricht gestanden ist, daß der Finanzausgleich abgeschlossen sei, möchte ich dazu folgendes bemerken: Wenn in diesem Finanzausgleich das Gefälle vom Westen nach dem Osten nicht abgeschafft oder wenigstens gemildert wird, dann kann bei Gott nicht von einem Finanzausgleich gesprochen werden. Bei Überprüfung der neuen Vorschläge muß festgestellt werden, daß Salzburg nicht um 11 Millionen Schilling mehr bekommen soll, sondern um 12,3 Millionen Schilling, Tirol soll statt um 14,9 Millionen Schilling um 15,7 Millionen Schilling und Vorarlberg statt um 27,5 Millionen Schilling um 29,4 Millionen Schilling mehr erhalten. Es ist richtig, daß ungefähr 65 Millionen Schilling auf die Länder verteilt werden sollen, aber durch diese Erhöhungen sowie durch eine Minderung anderer Posten soll Niederösterreich statt um 26,6 Millionen Schilling mehr um 33,5 Millionen Schilling weniger bekommen. Ich möchte hier mit aller Deutlichkeit erklären, daß es dem Vertreter Niederösterreichs, möge er heißen wie immer, nicht möglich ist, einem solchen Finanzausgleich seine Zustimmung zu geben. Die Nachricht in den Zeitungen, daß der Finanzausgleich vor dem Abschluß stehe, stimmt daher mit den Tatsachen nicht überein.

Vielleicht darf ich zu diesem Finanzausgleich noch etwas sagen: Er soll auch eine Bestimmung über die Verrechnung der Kosten der öffentlichen Schulen enthalten. Sie wissen alle, daß die Lehrpersonen an öffentlichen Volks- und Hauptschulen durch den Bund bezahlt werden und die Länder einen Beitrag in der Form leisten müssen, daß sie die Kosten für jene Lehrpersonen, die über einen bestimmten Berechnungsschlüssel hinaus beschäftigt werden, tragen. Über diesen Schlüssel und seine Anwendung wurde schon öfter gesprochen. Die Anzahl der Volksschüler durch 30, die der Hauptschüler durch 20 und die Summe der Sonderschüler durch 15 dividiert, ergibt die Gesamtanzahl der vom Bund zu bezahlenden Lehrer, welche noch um 3 Prozent, der sogenannten Lehrerreserve, vermehrt wird. Für Niederösterreich wirkt sich der Rückgang

der Schülerzahlen besonders unangenehm aus. Die Zahl der Volksschüler betrug im Jahre 1952 102.500, im Jahre 1954 102.350, im Jahre 1956 102.700, im Jahre 1957 101.100 und im Jahre 1958 98.860. Die Hauptschülerzahlen sind von 44.700 des Jahres 1952 stufenweise auf 37.330 des Jahres 1958 zurückgegangen. (*Zwischenruf bei der SPÖ: Das stimmt nicht.*) Ich wiederhole: Die Hauptschülerzahlen sind von 44.700 im Jahre 1952 auf 37.330 im Jahre 1958 zurückgegangen. Es ist also auch bei den Hauptschülern ein empfindlicher Rückgang zu verzeichnen, der sich bei der Berechnung der vom Bund zu bezahlenden Lehrpersonen für das Land Niederösterreich unangenehm auswirken wird. Das Land ist diesem Umstand dadurch begegnet, daß es die dreiprozentige Lehrerreserve in den Dienstpostenplan eingebaut hat. Wir haben außerdem diejenigen Lehrpersonen, die normalerweise mit Jahresende in Pension gehen würden, veranlaßt, daß sie schon vor dem 15. Oktober in den Pensionsstand treten, da dies der Stichtag für die Berechnung der Lehreranzahl ist. Den auf diese Art vorzeitig pensionierten Lehrpersonen haben wir die Differenz von der Pension auf den Aktivbezug vergütet, was immerhin ungefähr 300.000 bis 400.000 S ausmacht. Außerdem haben wir den weiblichen Lehrkräften, die sich freiwillig abfertigen ließen — weil wir einen Lehrerüberhang gehabt haben —, diese Abfertigung bezahlt, was im Jahre 1957 fast 600.000 S ausgemacht hat, im Jahre 1958 fast 500.000 S ausmachen wird.

Wir haben außerdem Vertragslehrer eingestellt, die wir in den Monaten September und Oktober auf unsere Kosten entlohnten, um sie dann, wenn sie notwendig sind, in den Lehrstand einzurechnen. Diese Aktion hat voriges Jahr 300.000 S gekostet und wird heuer wahrscheinlich 200.000 S kosten. Ich möchte aber dazu eines sagen: Bei den weiblichen Lehrkräften ist der Stand an Kranken oder Beurlaubten so eminent gestiegen, daß eine 3prozentige Lehrerreserve diese Zahl nie decken kann. 3 Prozent sind ungefähr 150 Lehrpersonen, es sind aber derzeit 270 Lehrpersonen in Niederösterreich krank oder beurlaubt, wobei ich unter „beurlaubt“ auch den Schwangerschaftsurlaub verstehe. Es ist daher für das niederösterreichische Schulwesen ungeheuer schwer, einen, ich möchte sagen, gerechten Ausgleich zu treffen, insbesondere dann, wenn Sie bedenken, daß das Land eine ungeheure Ausdehnung besitzt und oft ein Ort vom anderen so weit entfernt ist, daß sich die Schülerstände nicht so

leicht ausgleichen lassen wie in einer städtisch verbauten Gegend.

Ich möchte aber trotzdem auf die Schwierigkeiten hinweisen, die hier entstanden sind und die oft kritisiert werden. Es ist selbstverständlich, daß wir im Lande Niederösterreich auch bei einer geringeren Durchschnittsschülerzahl in einzelnen Orten höhere Schülerstände haben als zum Beispiel in einem Land, wo nicht so viele Streusiedlungen sind oder wo gar städtische Verbauung vorherrscht oder das Übergewicht hat. Wir haben in Niederösterreich sehr viele einklassige Schulen, die meisten einklassigen Schulen von ganz Österreich. Aber gestatten Sie, daß ich auch hier auf die Schülerzahlen pro einklassiger Schule oder pro Schule hinweise. Wir haben in diesen Schulen auch unter 20 Schüler in einer Klasse. In einem Viertel aller Schulen — genau in 26 Prozent aller einklassigen Schulen — haben wir weniger als 20 Schüler. Vielleicht darf ich auch die geringste Schülerzahl feststellen. Wir haben eine Schule in Hofern im Bezirk Hollabrunn mit sage und schreibe vier Schülern, und wir haben eine Schule in Weidling am Bach, die ebenfalls vier Schüler beherbergt. Es ist selbstverständlich, daß diese geringen Schülerzahlen die anderen belasten. Es ist aber doch so, daß 60,5 Prozent der einklassigen Schulen zwischen 20 und 40 Kinder haben, 7,5 Prozent haben 41 bis 45 Kinder und 6 Prozent über 45 Kinder. Ich gebe zu, daß die letztgenannten Zahlen nur selten sind, aber selbstverständlich immer als Beispiel angeführt werden. Ich glaube, es wäre auch notwendig, daß man diese verhältnismäßig wenigen Schulen — insgesamt sind es 31 — baldmöglichst teilt.

Aber es ist nicht nur bei den einklassigen Schulen so. Auch bei den zwei- und mehrklassigen Schulen haben wir wieder festzustellen, daß wir in manchen Klassen sehr geringe Schülerstände haben. So haben wir in Weitra in einer Volksschulklasse 12, in Haringsee 13 und in Kleinzell 14 Kinder. Freilich, in den mehrklassigen Volksschulen sind in 84 Prozent aller Schulklassen 20 bis 40 Schüler.

Bei den Hauptschulen ist es noch schwieriger. Ich kreide diese geringen Schülerstände nicht an, sondern ich will nur sagen, daß das die Schwierigkeit des niederösterreichischen Schulwesens schlechthin ist. Es ist natürlich schwer, in einer Hauptschule auf dem Lande eine Klasse zu sperren, wenn sie eben nur die einzige vierte Hauptschulklasse ist. So haben wir zum Beispiel in der Hauptschule in Kautzen in einer Hauptschulklasse sieben Kinder, ebenso in Hadres eine

Hauptschulklasse mit sieben Kindern, in Stronsdorf eine Hauptschulklasse mit neun Kindern, in Wiesmath eine Hauptschulklasse mit neun Kindern und in Ybbsitz eine solche mit neun Kindern. Es ist selbstverständlich, daß diese geringen Schülerzahlen die anderen drücken, und verursachen, daß Niederösterreich einen Überstand an Lehrpersonen haben muß. Es ist unmöglich, daß jetzt beim neuen Finanzausgleich ein neuerlicher Vorstoß des Finanzministeriums gemacht wird, wonach dem Land neue Lasten übertragen werden sollen. Ich bin sehr, sehr erfreut darüber, daß der Landtag schon einen gegensätzlichen Beschluß gefaßt hat. Aber eines darf ich hier in diesem Hause sagen: Bei den Verhandlungen spüre ich von der Auswirkung dieses Beschlusses wie von jener des Beschlusses im Nationalrat aber schon herzlich wenig! Wenn das Finanzministerium heute in einem Vorstoß gegen diese Schul-lasten nun verlangt, daß nicht das Land, sondern daß der Bund einen Beitrag zum Schulaufwand leistet, so stellt es oder würde es die Tatsachen auf den Kopf stellen. Wir müssen daher dagegen Stellung nehmen. Ich erlaube mir auch zu sagen, wenn das Hohe Finanzministerium glaubt, daß wir an jedem Tag des Jahres den bewilligten Lehrerstand oder die bewilligte Zahl von Lehrpersonen nicht überschreiten dürfen, also weder am 1. November noch am 15. Dezember noch am 20. Jänner, denn jeder Tag könnte als Stichtag bezeichnet werden, so sage ich, daß das unmöglich ist. Ich verweise darauf, daß das eine so große Verschlechterung der Schulverhältnisse darstellen würde, daß ich es kaum verstehen kann, wenn von einem Vertreter des Finanzministeriums behauptet wird, daß damit auch das Unterrichtsministerium einverstanden sein soll. Ich kann es nicht glauben, denn damit würde eine Verschlechterung des Schulwesens herbeigeführt werden, die noch viel, viel ärger wäre als die Klagen, die jetzt an uns herangebracht werden. Ich glaube daher, daß diese Vorschläge nicht zum Beschluß erhoben werden, und ich kann nur sagen, daß Niederösterreich diesen Vorschlägen seine Zustimmung nicht geben kann. Das möchte ich mit aller Deutlichkeit gesagt haben, weil eine Verschlechterung des Schulwesens in Niederösterreich nicht mehr zu ertragen wäre. Wir wollen diese Feststellung machen, weil Niederösterreich mit schwierigen finanziellen Verhältnissen zu kämpfen hat. Wenn Sie mich aber fragen, wie diesen finanziellen Schwierigkeiten zu begegnen wäre, so gibt es darauf nur eine Antwort: Nicht jetzt mit Zahlen beginnen und das und jenes auf-

zeigen, sondern wir müssen nur einen Wunsch haben, nämlich den, daß die wirtschaftliche Kraft, die wirtschaftliche Grundlage, die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes erhalten bleibt und seiner Bevölkerung geholfen wird.

An was ist dabei besonders zu denken? Vor allem anderen an die Modernisierung unseres Landes, insbesondere hinsichtlich seiner Verkehrswege. Ich will hier als Beispiel eine oberösterreichische Stadt nennen, und zwar Grein. Wenn Sie heute nach Grein kommen, wird Ihnen dort jeder Wirt erzählen, daß sie jetzt erst wissen, was es bedeutet, wenn ein Ort durch eine moderne Straße erschlossen wird. Jetzt erst haben sie das Gefühl, daß sie wirklich an den modernen Verkehr und an die Welt angeschlossen sind. Das was für Grein gilt, gilt in vielfacher Hinsicht für das gesamte Niederösterreich. Bei einer Fahrt zum Beispiel von Krems nach Schwechat oder von St. Pölten nach Mistelbach oder von Hollabrunn nach Wiener Neustadt — egal, ob per Auto oder Bahn — ergibt sich immer dasselbe große Verkehrshindernis dadurch, daß Sie über die im Zentrum unseres Landes liegende Bundeshauptstadt Wien fahren müssen. Wenn Sie mit der Bahn nach Wien fahren und umsteigen müssen, werden Sie zum Umsteigen und zum Erreichen der anderen Bahn genau so lange brauchen, wie Sie zu der Bahnfahrt selbst brauchen, und wenn Sie mit dem Auto fahren, so werden Sie meistens für die Fahrt durch die Großstadt genau so viel Zeit brauchen, wie für die Fahrt, die Sie über Land benötigten.

Was will ich damit sagen? Ist dieses Land Niederösterreich wirklich ein einheitliches Land oder ist hier nicht jedes Viertel für sich gesondert zu betrachten, das irgendeinen Schwerpunkt hat und durch eine Barriere von den anderen Vierteln abgeschlossen wird? Ist Niederösterreich verkehrsmäßig überhaupt als ein Land zu betrachten oder ist es nur der Hinterteil einer großen Stadt, die nicht zu seinem Wirtschaftsgebiet gehört? Das ist eines der brennendsten Probleme! Wenn Sie, meine verehrten Anwesenden, einmal Gelegenheit gehabt haben, jetzt auf der neuen Autobahn von Neulengbach nach St. Pölten oder Melk oder Pöchlarn zu fahren, dann werden Sie zugeben, daß einem dabei ein neues Gefühl überkommt. Unser Land ist nun nicht mehr so unaufgeschlossen, denn Sie legen in wenigen Minuten kilometerlange Strecken zurück. Würde diese Autobahn Niederösterreich wirklich erschließen, so würden die Städte von Niederösterreich zusammenwachsen. Hätten wir eine

Autobahn von St. Pölten nach Wiener Neustadt, ich glaube, man würde eher von St. Pölten nach Wiener Neustadt kommen als von Floridsdorf nach Speising. Es ist daher unsere dringende Aufgabe und unser Wunsch, daß Niederösterreichs Städte durch die neuen Verkehrswege aneinanderrücken. Ich erlaube mir daher aus diesem Grunde an die verantwortlichen Bauleute den Appell zu richten, die neuen Verkehrswege nicht wieder ins Zentrum Wien ausgerichtet zu erbauen, denn sonst brauchen wir wieder zur Überwindung dieser Barriere weiß Gott wie lange, auf jeden Fall aber länger als zur An- und Rückfahrt. Wir brauchen daher eine Verbindung von West nach Süd, von West nach Ost, und das ist die Umführung der Autobahn um den Stadtkern Wiens. Das ist der Südring der Autobahn, das sind die neuen modernen Straßen längs der Donau, das ist die Erschließung des Raumes von Tulln und Krems und damit das Näherrücken des Waldviertels und Weinviertels. Wenn das ermöglicht wird, dann brauchen Sie nicht mehr darüber nachzudenken, ob wir da oder dort eine Betriebsstätte oder Betriebszentrale errichten. Der moderne Verkehr wäre imstande, Niederösterreich wirklich zu einem geschlossenen Land und geschlossenen Wirtschaftskörper zu machen. Ich hoffe, daß die Ausgaben für die Autobahn wirtschaftlich so ausgerichtet werden, daß vor allem Trassenführungen, die zur Hälfte schon vorhanden sind, endlich weitergebaut werden. Ich hoffe auch, daß man nicht die kostspieligsten Projekte ausführt, um nur etwas Neues hinzustellen. Niederösterreich braucht niederösterreichische Straßen zur Aufschließung seines Landes. Deshalb haben wir uns auch um den Bau des Donaukraftwerkes Klosterneuburg so bemüht. Es handelt sich hier aber nicht nur um das Donaukraftwerk selbst, sondern es wären auch noch wichtige Straßenbauprobleme zu lösen. Wir wollen nicht separate Wege gehen, wir glauben im Gegenteil, daß durch eine großzügige Lösung dieser Fragen auch sehr brennende Fragen in Wien zu lösen wären. Wir glauben überdies, daß Niederösterreich auch in wirtschaftlicher Hinsicht geholfen werden kann und soll, wenn wir in unserem Lande Großbaustellen haben. Wir hören jetzt von solchen Großbaustellen. 8 Milliarden Schilling sollen für Großbaustellen und für Kraftwerke verwendet werden. Ganz unten können Sie aber lesen, daß von diesen 8 Milliarden Schilling bescheidene 250 Millionen Schilling in Niederösterreich verwendet werden sollen. Ob dies in energiewirtschaftlicher oder in wirtschaftspolitischer Hinsicht richtig ist,

möchte ich dahingestellt sein lassen. Auf alle Fälle glaube ich, ist es ein wirtschaftlich sehr kühnes Unterfangen, wenn man an der Donau in Oberösterreich und in unmittelbarer Nähe am Inn und in unmittelbarer Nähe der Donau an der Enns zwei, also im ganzen vier Großbauten in Betrieb nehmen will. Ob für die Kapazität dieser Bauten die erforderlichen Arbeitskräfte aufzubringen sein werden, ist eine andere Frage. Auf alle Fälle wissen wir, wie schwer das Los der Wanderarbeiter und wie schwer das Los der Pendler ist. Ich glaube nicht, daß man so viele Arbeitskräfte in Oberösterreich überhaupt aufbringen kann, um diese Großbauten durchzuführen. Man wird also wieder von nah und fern Arbeitskräfte hinaufverpflanzen. Um wieviel besser wäre es, wenn man diese Arbeitskräfte in der Nähe ihrer Wohnstätten verwenden könnte. Aber man wird diese Werke bauen und dazu Leitungen errichten müssen. Vielleicht werden Bauten und Leitungen und Amortisationen die gleichen Kosten ergeben, als wenn man die Kraftwerke im Konsumschwerpunkt errichtet hätte. Ich glaube daher, es sollten hier nur wirtschaftliche Momente ausschlaggebend sein. Auf alle Fälle kann ich doch nicht glauben, daß man noch immer dem Gedanken huldigt, daß es im Osten nicht so sicher wäre wie im Westen, welcher Gedanke uns früher beim Ausbau von Werken hinderlich war. Wir glauben auch, daß das wirtschaftliche Gefälle von Westen nach Osten durch Errichtung von Großbauten gerade im Osten wirtschaftlich umzukehren wäre. Heute — das soll mit aller Deutlichkeit gesagt werden — macht man das Gegenteil, indem man das wirtschaftliche Gefälle scheinbar aufrechterhalten oder noch verstärken will. Wir nehmen dagegen in allen uns möglichen Formen Stellung, ob durch Beschlüsse der Landesregierung, der Kammern oder sonst welche Beschlüsse. Wir können natürlich nur Beschlüsse fassen, aber Taten wären uns lieber.

Wir stehen also nicht nur vor finanziellen, sondern auch vor wirtschaftlichen Schwierigkeiten, und wir können nur mit Genugtuung verzeichnen, daß es uns gelungen ist, wenigstens einen Teil der niederösterreichischen Bodenschätze zu verwenden, Schätze, die in der niederösterreichischen Erde sind und für unser Land als bevorzugt anzusprechen sind. Wir haben die Erdgasversorgung in unserem Lande aufgenommen, wir haben in sicherlich sehr raschem, ich möchte nicht sagen, in geradezu amerikanischem Tempo die Netze verlegt und Dutzende von Industrien abgeschlossen. Wir können Konsumsteigerun-

gen dort feststellen, wo wir schon einzelne Siedlungen oder Städte angeschlossen haben. Es werden neue Ortsnetze erbaut und neue Industrien angeschlossen werden. Dabei muß aber festgestellt werden, daß Niederösterreich nur dasselbe Erdgaskontingent wie Wien hat. Es wäre daher vollkommen ungerecht, wenn man Niederösterreich deshalb angreifen würde. Vorher hat sich niemand interessiert, wie groß die Menge ist, die damals in die Luft abgeblasen wurde. Wir hatten die unangenehme Aufgabe, uns um diese Frage zu kümmern. Wir haben einen bescheidenen Erfolg erreicht. Wir glauben aber, daß man die Feststellung über den wirtschaftlichsten Verbrauch und die wirtschaftlichste Verwendung von Erdgas doch in erster Linie uns selbst überlassen soll, denn der Verbrauch ist nicht wirtschaftlicher, wenn er außerhalb Niederösterreichs erfolgt. Auch wir haben große wirtschaftliche Notwendigkeiten zu berücksichtigen. Auf alle Fälle ist aber eines festzustellen: Wenn dieses Erdgas außerhalb Niederösterreichs, sagen wir in Oberösterreich, verwendet wird, dann ist es deswegen nicht wirtschaftlicher verwendet, sondern ebenso wirtschaftlich verwendet wie bei uns. Es wird in kürzester Zeit ein Filialbetrieb der VÖEST. in Krems angeschlossen werden, es sind die Böhler-Werke angeschlossen, die auch in der Steiermark ihre Industriestätte haben. Aber ich glaube nicht, daß mir jemand beweisen kann, daß z. B. in einer Papierfabrik außerhalb Niederösterreichs das Erdgas wirtschaftlicher verwendet wird als in Niederösterreich. Oder hat man hier neue Absichten oder will man uns etwas streitig machen? Dann möchte ich dazu sagen, daß wir darüber debattieren werden. Wir werden auch darüber debattieren, ob man in diesem Land das niederösterreichische oder ausländisches Erdöl verwenden wird, was uns eine große Sorge bereitet. Wir sind zu jeder Debatte, zu jeder Diskussion bereit, aber auf eine demagogische Debatte wollen wir uns nicht einlassen. Auf Angriffe in den Zeitungen werden wir mit Schweigen antworten. Wer mit uns reden will, ist herzlichst hierzu eingeladen.

So stehen wir im allgemeinen vor Schwierigkeiten und Sorgen. Wir stehen aber auch vor erfreulichen Tatsachen. Erfolg und Mißerfolg haben sich in diesen zehn Jahren reichlich abgewechselt, und es ist, wie wir alle feststellen können, ein Kampf mit den wirtschaftlichen Verhältnissen und mit den Aufbaubestrebungen unseres Landes. Es ist ein Kampf auch auf finanzieller Ebene, und so mußte sich Ihr Finanzreferent, wie wir alle, durch all die guten und schlechten

Zeiten durchschlagen. Erfolg und Mißerfolg haben sich die Waagschale gehalten, und es ist für uns verpflichtend, nach Vorlage des zehnten Budgets zu fragen: Hat sich dieses Land und seine verantwortliche Führung richtig durch die Not und Schwierigkeiten dieser Zeit durchgeschlagen oder nicht? Ist dieses Land immer den richtigen Weg gegangen? Hat es Kredite dort aufgenommen, wo es möglich war? Hat es durch die Aufnahme von Krediten die Wirtschaft angekurbelt oder sich bemüht, die wirtschaftliche Tätigkeit des Landes zu unterstützen und zu vermehren, oder hat es sich leichtsinnig verschuldet? Was ist dein Aktivum und Passivum? Das wollen wir auch heute vorlegen. Was hat das Land an Passiven übernommen und was kann es als Rücklage oder Aktivum bezeichnen? Sie sehen es in einer Aufstellung des Budgets 1959. Die Aufstellung über die Schuldverpflichtungen des Landes trägt in der vorvorletzten Rubrik die Summe der Schulden. Sie ist nicht klein, es sind 526 Millionen Schilling, mehr als eine halbe Milliarde Schilling. „Hast du dieses Geld verwirtschaftet?“ muß der Vater seinen Sohn fragen, wenn er ihm ein Kapital zur Verfügung stellt, um damit ein Geschäft zu beginnen. Und diese Frage wollen auch wir uns stellen. Wie hast du dieses Geld verwendet? Wir wollen Rechenschaft geben. Dieser Schuldverpflichtung steht eine Forderung gegenüber. Die Forderung, die wir als die größte zu bezeichnen haben, resultiert aus der Landeswohnbauförderung, und zwar sind es 370 Millionen Schilling, die hypothekarisch auf Hunderte von Baustellen, Kleinbauten und Großbauten, einverleibt sind. Die Allgemeine Verwaltung hat eine Forderung von 200 Millionen Schilling. In diesen 200 Millionen Schilling stecken vor allem anderen die 50 Millionen Schilling, die das Land der Newag gegeben hat, um diese in die Lage zu versetzen, in die Niogas 50 Millionen Schilling Aktienkapital einzuzahlen. Es stecken weiter drinnen über 80 Millionen Schilling Aktienkapital der Donaukraftwerke, die die Landesverwaltung der Newag übertragen hat, um den Zinsendienst auf ein Wirtschaftsunternehmen zu verlagern. Weiter wurden Kleinkredite von 20 Millionen Schilling an Wirtschafttreibende aus dem Wirtschaftsförderungsfonds, ferner aus dem Fremdenverkehrsförderungsfonds für unsere Fremdenverkehrsbetriebe 5 Millionen Schilling gegeben. Schließlich hat der Katastrophenfonds eine Forderung von 2 Millionen Schilling, so daß wir an reinen Forderungen insgesamt 607 Millionen Schilling zu verzeichnen haben, also mehr als die

Schuldverpflichtung. Wir wollen weiter bedenken, daß das Land außerdem noch Forderungen hat, so insbesondere aus der Wohnbauförderung 1954 210 Millionen Schilling und aus dem Schulbaufonds 53 Millionen Schilling, das sind zusammen 263 Millionen Schilling. Diese werden separat ausgeworfen, weil es nicht nur Landesgeld allein war, das zu diesen Forderungen geführt hat. An baulichen Investitionen und Wertvermehrungen sind 306 Millionen Schilling zu verzeichnen, die wir auch als Aktiva einstellen müssen, weil sie ja wertvermehrend sind. Nicht der alte Realitätenbesitz des Landes Niederösterreich soll hier verzeichnet sein, sondern nur die Wertvermehrungen, die sich ergeben haben durch den Neubau der Bezirkshauptmannschaften Wiener Neustadt und Horn, durch die Renovierungs- und Instandsetzungsarbeiten in der Bezirkshauptmannschaft Scheibbs, durch die Ausbauten, Umbauten und Zubauten in der Erziehungsanstalt Korneuburg, durch die Ausbauten, Zubauten und Umbauten in Mauer-Öhling, Gugging, in den bäuerlichen Fachschulen, in der Eisenfachschule in Waidhofen usw. Für alle diese Bauten haben Sie im Laufe von zehn Jahren Kredite bewilligt. Sie beziffern sich, gering gerechnet, auf 306 Millionen Schilling. Freilich sind sie nicht schon morgen zu realisieren, weil sie Investitionen sind. Aber als Neuanlage und daher als Wertvermehrung wollen wir sie hier besonders anführen.

Bleiben noch übrig die Kapitalien, die das Land in Form von Beteiligungen besitzt. Die Aktien der Newag haben einen Nominalwert von 150 Millionen Schilling. Wenn Sie bedenken, daß bei der Newag noch 375 Millionen an Rücklagen vorhanden sind und bei einer Bilanzsumme von 2,75 Milliarden Schilling der innere Wert dieser 150 Millionen Schilling mindestens mehr als das Dreifache beträgt, so haben wir hier ein Kapital von — gering gerechnet — 500 Millionen Schilling zu verzeichnen. Nehmen Sie dann die 50 Millionen Schilling Aktienkapital bei der Niogas — wir müssen auch diese 50 Millionen Schilling mindestens mit dem Zweifachen rechnen —, so sind es 100 Millionen Schilling, und weiter die sonstigen Beteiligungen, wie an den Ennskraftwerken, am Draukraftwerk, an der Flughafenbetriebsgesellschaft usw. mit 25 Millionen Schilling, so ist der Wert an Beteiligungen, gering gerechnet, 625 Millionen Schilling. Der Schuldverpflichtung von 526 Millionen Schilling steht also eine reine Forderungsziffer von 607 Millionen Schilling gegenüber. Dazu kommen Werte im Betrag von 1194 Millionen Schilling, und zwar aus

der Wohnbauförderung, dem Schulbaufonds und den baulichen Investitionen und Beteiligungen. Wenn Sie diese 1194 Millionen Schilling zu den reinen Forderungen dazuzählen, dann haben Sie eine Wertvermehrung von insgesamt 1800 Millionen Schilling zu verzeichnen. Ich glaube, wenn wir diesem Betrag die Schuldverpflichtung von 560 Millionen gegenüberstellen, dann darf ich wohl behaupten, daß die Bilanz aktiv ist, und das wollen wir mit aller Bescheidenheit sagen.

Trotz aller Schwierigkeiten konnte die Landesverwaltung und insbesondere seine Finanzverwaltung aktiv geführt werden, und das wollen wir nach einem Dezennium mit innerer Genugtuung feststellen. Und wenn wir noch an all die Schwierigkeiten denken, die wir in diesen zehn Jahren zu überwinden hatten, die Umstellung vom wertlosen Schilling auf den wertbeständigen, hundertprozentig gedeckten jetzigen Schilling, so glaube ich, ist es eine sehr, sehr schwierige Aufgabe gewesen, hier den richtigen Weg zu finden.

Wenn Sie weiter bedenken, daß wir in diesen zehn Jahren lange Zeit mit den größten Schwierigkeiten in bezug auf die Besatzung zu kämpfen hatten, so glaube ich, haben wir bei Betrachtung dieser Zahlen besonders auch auf diesen Umstand hinzuweisen. Und wenn wir uns jetzt nach diesen zehn Jahren daran erinnern, daß es einen 15. Mai 1955 gegeben hat, der uns endlich die Freiheit gebracht hat, so wollen wir daran denken, daß in dem Jubel der Begeisterung über diese Freiheit und den Frieden gerade für unser Land doch ein Wermutstropfen drinnen war, weil sich die Sorge, wie das Erbe, das Österreich übernehmen mußte, zu liquidieren oder günstig in die österreichische Wirtschaft zu überführen sein wird, am meisten in unserem Lande konzentriert hat. Überall hat Niederösterreich seinen Beitrag an Sorgen und Mühen in dem ehrlichen Bestreben geleistet, die jeweiligen Umstände zu meistern. Die niederösterreichische Landesregierung hat ohne viel Aufhebens, vielleicht mit weniger Propaganda als andere Körperschaften oder andere Länder, diese Aufgaben mit Erfolg hinter sich bringen können. Es ist das kein Erfolg eines einzelnen oder einer einzelnen Gruppe, das ist der Erfolg des niederösterreichischen Landtages und seiner Regierung!

Ich glaube, wenn wir heute das letzte Budget vor dem kommenden Wahljahr beschließen, so sollten Sie alle die Überzeugung in sich tragen, daß wir damit eine zehnjährige Tätigkeit abschließen, die bewegt

war, wie es eben nur eine Kriegs- und Nachkriegszeit sein kann, und die einmal mit dem Beinamen verzeichnet werden soll: Es war eine Zeit, in der sich die verantwortlichen Männer dieses Landes bemüht haben, ihr Bestes zu leisten und die jederzeit bereit waren, Bilanz zu legen, um sagen zu können: Wir haben unsere Pflicht getan! (*Anhalten-der Beifall rechts.*)

PRÄSIDENT SASSMANN: Ich eröffne die Generaldebatte und erteile als erstem Redner dem Herrn Abg. D u b o v s k y das Wort.

Abg. DUBOVSKY: Das war jetzt ein Jubiläumsbeifall! Zehn Jahre, meine Damen und Herren! Man kann sagen, „flau und lustlos“, um beim Börsenausdruck zu bleiben, der ja das Maß aller Dinge im Kapitalismus ist, war die Stimmung bei den Beratungen des vorliegenden Budgets im Finanzausschuß. Und wenn ich so in die Rede des Herrn Landesrates Müllner hineinhorche, muß ich sagen, manchmal, allerdings nur manchmal, war ich fast geneigt, ihm unsere Beitrittserklärung zu geben. (*Heiterkeit.*) Man hat gespürt, wenn es auch nicht offen ausgesprochen wurde, daß die Situation in Niederösterreich, ja die wirtschaftliche Situation in ganz Österreich alles andere als rosig ist, und daß es hier einige schwere Sorgen für alle Verantwortlichen gibt. Das kommt nicht von ungefähr. In der ganzen kapitalistischen Welt hat sich im vergangenen Jahr eine Änderung der wirtschaftlichen Lage zum Schlechteren ergeben. All jene, die uns Jahre, ja fast ein Jahrzehnt hindurch zu erklären versucht haben, daß der Kapitalismus nunmehr in sich die Kraft gefunden hätte, aus dem zyklischen Wirtschaftsablauf, nämlich das Wechseln von Konjunktur und Krise, herauszukommen und für ewige Zeiten die Konjunktur aufrechtzuerhalten, sind auf einmal merkwürdig still geworden. Es stellt sich jetzt heraus, daß eben dieser, seit Bestehen des kapitalistischen Systems vorhandene zyklische Wirtschaftsablauf auch heute nach wie vor Gültigkeit hat. Dieser zyklische Wirtschaftsablauf stellt eines der Gesetze des kapitalistischen Wirtschaftssystems dar. Ebensowenig wie der Regen von der Wolke heraus ins Weltall fallen kann, sondern auf Grund der Anziehungskraft zur Erde niedergehen muß, ebensowenig ist der Kapitalismus in der Lage, die Gesetze zu ändern, die den Wirtschaftsablauf bestimmen. Es ist sehr sonderbar, daß Herr Vizekanzler Dr. Pittermann in seiner samstägigen Rede sich auf einmal erstaunt darüber gezeigt hat, daß andere besorgt sind, daß es zu einer mög-

lichen Krise kommt. Waren es doch auch Vertreter der Sozialistischen Partei, die uns zu erklären versuchten, daß die Gesetze des Kapitalismus nicht mehr Gültigkeit haben, daß der Kapitalismus in sich, sozusagen durch Überwindung seiner Gesetze, in den Sozialismus hinüberwechselt. Ich erinnere an den Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“, wo man den österreichischen Arbeitern weismachen will, daß man in Amerika gar nicht einmal mehr feststellen kann, ob es sich noch um eine kapitalistische oder schon um eine sozialistische Wirtschaft handelt, und daß in dieser Zeit auch bei den arbeitenden Menschen die Erkenntnis gewonnen wurde, daß es beim Kapitalismus keine Sicherheit des Arbeitsplatzes geben kann. Ich glaube, die „Rezession“ im letzten Jahr ist der neue Ausdruck für „Krise“, wie man ja überhaupt seit 1945 für eine Reihe von alten Begriffen in der Nationalökonomie neue Ausdrücke geschaffen hat.

Wenn ich gesagt habe, daß sich die wirtschaftliche Lage in der kapitalistischen Welt gegenüber dem Vorjahr wesentlich verschlechtert hat, so bekommen wir in Österreich das natürlich auch zu spüren. Dies besonders deshalb, weil die Wirtschaftspolitik unserer Regierung vor allem darauf ausgerichtet war, in erster Linie die Rohstoffbasen, anstatt die Fertiggüterindustrie zu fördern, daher die Rohstoffbasen zum entscheidenden Faktor unseres Exports, der einen wesentlichen Teil unseres ganzen Wirtschaftspotentials darstellt, zu machen und damit ein Höchstausmaß an Unsicherheit in unserer wirtschaftlichen Situation zu schaffen. Wir spürten das bereits im heurigen Jahr. Aus der Statistik ersehen wir, daß allein vom Jänner bis August des heurigen Jahres der Export Österreichs um 1155 Millionen Schilling gesunken ist und die Einfuhren nur um 690 Millionen Schilling zurückgegangen sind. Dies sind vorwiegend die Ursachen, daß in einer Reihe österreichischer Betriebe die Überstunden eingestellt worden sind und zur Kurzarbeit übergegangen wurde. Daß der innerösterreichische Markt nicht in der Lage gewesen ist, den Ausfall der Güter im Export aufzunehmen, geht daraus hervor, daß mit Ende November 1958 die Zahl der Arbeitslosen um 14 Prozent höher war als im vergangenen Jahr. Natürlich kann niemand sagen, ob es diesmal zu einer Wirtschaftskrise kommen wird, wiewohl eine Reihe von Anzeichen dafür sprechen. Auch aus Berichten aus Amerika ist zu ersehen, daß man versucht, die Belebung der Wirtschaft während der Sommermonate so darzustellen, als ob die Rezession überwunden

wäre. Niemand kann sagen, ob die Kraft vorhanden sein wird, die beginnende Krise zu überwinden. Man stellt sich die Frage, ob das Gesetz des zyklischen Wirtschaftsablaufes diesmal wirksam werden wird. Vor allem ist es für Österreich, mit seiner infolge des hohen Exportanteils großen Konjunktur-empfindlichkeit, notwendig, sich schon beim geringsten Nachlassen der Konjunktur Gedanken darüber zu machen, wieviel Mittel bereitgestellt werden müssen, um in einem möglichst großen Ausmaß Arbeitsplätze zu sichern und so eine Schrumpfung der Wirtschaft unseres Landes zu verhüten. Dazu gehört zweifellos, wie ich schon erwähnte, die Stärkung des inneren Marktes, das heißt die Hebung der Kaufkraft der gesamten, vor allem aber der arbeitenden Bevölkerung, weil diese jede Erhöhung der Kaufkraft sofort mit gesteigertem Warenbezug erwidert und damit wesentlich zur Sicherung der Arbeitsplätze beiträgt. Betrachtet man nun die Entwicklung Österreichs — bleiben wir ruhig bei den vom Herrn Finanzreferenten angeführten letzten zehn Jahren —, so erhält man den Eindruck, daß die Regierung nicht die Sicherung des inneren Marktes durchgeführt hat, da die von ihr veranlaßten Maßnahmen gerade das Gegenteil dessen herbeigeführt haben, was man Sicherung der Konjunktur nennt. In den letzten Jahren wurden unter dem Titel „Stärkung der Kapitalbildung“ die verschiedensten Maßnahmen ergriffen und Gesetze erlassen, die den Erfolg hatten, daß man eine unerhörte Kapitalkonzentration feststellen kann, wie sie noch nie in der Geschichte unseres Landes dagewesen ist. Sie brauchen nur die Einkommensteuerstatistik studieren, wie ich es beim Rechnungsabschluß getan habe, Sie brauchen sich nur die Bilanzen der Aktiengesellschaften herzuziehen, um daraus zu ersehen, wie umfangreich die Kapitalaufstockungen und Rücklagen sind; Sie können sich ein Bild davon machen, was in den letzten zehn oder elf Jahren in dieser Hinsicht in Österreich geschehen ist. In diesem Zusammenhang möchte ich auf einige der damals gemachten Aussprüche verweisen, welche zeigen, wie sehr diese Kapitalbildung gerade bei uns ihren Fortgang genommen hat. Es war im Jahre 1947, als der sozialistische Abgeordnete Migsch im Verlauf einer Debatte auf den Einwand des Nationalrates Honner, daß das zur Beratung stehende Gesetz nur dazu diene, die Kapitalisten zu stärken, die erstaunte Frage stellte, wo es denn in Österreich Kapitalisten gebe. Elf Jahre Beteiligung sozialistischer Minister an der Regierung — jetzt heißt sie Raab-Pitter-

mann — haben diese einseitige Kapitalkonzentration herbeigeführt. Das Kapital kann aber nicht aus dem Nichts entstehen, sondern sich nur vermehren, wenn den arbeitenden Menschen ein Teil ihres gerechten Lohnes entzogen wird, was natürlich ein Zurückbleiben der Kaufkraft der Massen des österreichischen Volkes bewirkt. Das ist eine der Ursachen, daß heute bei uns gewisse wirtschaftliche Schwierigkeiten stärker in Erscheinung treten. Diese Entwicklung wäre nicht notwendig, wenn die österreichische Politik von dem Gedanken getragen gewesen wäre, dem ganzen Volk zu dienen. Der Präsident des Gewerkschaftsbundes, Böhm, einer der Sprecher der Sozialistischen Partei in den Gewerkschaften, hat im Jahre 1947 erklärt, daß es in Österreich nur eine ganz kleine Anzahl reicher Leute gebe. Im Jahre 1957, genau zehn Jahre später, hat der gleiche Präsident in der Zeitschrift „Arbeit und Wirtschaft“ das, was jeder Arbeitervertreter, der sich einigermaßen mit Nationalökonomie beschäftigt, wissen mußte, bestätigt. Er schreibt dort (*liest*): „Die Investitionen werden über hohe Preise aus der Tasche der Konsumenten finanziert. Die breite Masse der Arbeiter- und Angestellten-schaft bezahlt die neuen Maschinen, die neuen Fabrikhallen, die neuen Lastkraftwagen, die neuen Büroeinrichtungen in den Preisen der Waren. Infolge unserer Eigentumsordnung bleiben aber die Vermögen, die sich so bilden, in den Händen einiger Unternehmer, die immer reicher werden, die über immer größere Vermögensmassen verfügen, während bei den Arbeitern und Angestellten zwar die Lebenshaltung steigt, aber von einer Vermögensbildung keine Rede sein kann.“ Heute geht es nicht mehr um die Frage der Lebenshaltung, heute geht es vor allem um die Sicherung des Arbeitsplatzes. Das ist die Kehrseite der Medaille, die man geprägt hat, um die Kapitalbildung in Österreich anzuregen.

Wenn der Herr Finanzreferent in seinen Ausführungen darauf hingewiesen hat, daß sich der Ertrag der Gewerbesteuer in Österreich durchschnittlich auf das Vierfache erhöht hat, wenn er weiter über die Einkommensteuer, aber nicht mehr von der Erhöhung ihres Ertrages gesprochen hat, die anderen Steuern aber überhaupt nicht erwähnt hat, so ist es zur richtigen Beurteilung der Situation über die Kapitalbildung und die damit zusammenhängende Unsicherheit des Arbeitsplatzes notwendig, seine Ausführungen zu ergänzen und auch die Entwicklung der anderen Steuern zu betrachten. Nach dem Bundesrechnungsabschluß hat

sich der Ertrag der Einkommensteuer von 733 Millionen Schilling im Jahre 1947 auf 2561 Millionen Schilling im Jahre 1957 erhöht, also auf das 3,2fache. Die Lohnsteuer hat sich im gleichen Zeitraum von 517 Millionen Schilling auf 2498 Millionen Schilling, also um das 4,8fache, erhöht, und die entscheidende Steuer, die Warenumsatzsteuer, die jeden Bissen Brot, jeden Schluck Milch besteuert — auch des Ärmsten —, sie ist in der gleichen Zeit von 462 Millionen auf 4638 Millionen Schilling, also auf das Zehnfache gestiegen. Aber das stimmt nicht ganz. Im Jahre 1947 hat es nämlich keinen Zuschlag gegeben, er wurde erst später in der Höhe von 50 Prozent eingeführt, so daß sich eine tatsächliche Erhöhung der Warenumsatzsteuer auf das Fünfzehnfache ergibt. Das ist mit eine der Quellen, von der aus man die Möglichkeit besessen hat, in den abgelaufenen Jahren die Kapitalbildung durch die Kapitalgesetze, wie sie vom Nationalrat beschlossen wurden, durchzuführen und zu verstärken. Ich frage, wo hat diese Kapitalbildung in Niederösterreich dazu geführt, daß nur ein Arbeitsplatz geschaffen worden wäre, ein Betrieb errichtet worden wäre? Es ist so, wie Präsident Böhm zehn Jahre später festgestellt hat, nachdem er diese zehn Jahre hindurch diese Politik mit unterstützt hat, daß all das in die Taschen der Besitzenden geflossen ist und dadurch ihren Reichtum vergrößert hat, während bis heute die Unsicherheit des Arbeitsplatzes für den Arbeiter geblieben ist.

Wir hören — scheinbar in Vorbereitung der kommenden Wahlen — vielfach von sozialistischer Seite viele Vorschläge, die für die Öffentlichkeit bestimmt sind und die sozusagen den Beweis erbringen sollen, wie klug und geschickt die Wirtschaftstheoretiker der Sozialistischen Partei sind, wie sie es ausgezeichnet verstehen, die Wirtschaft in Schwung zu halten. Ich erinnere an so ein Prachtexemplar wie den Karl Ausch, der gefunden hat, daß die Arbeiter zuviel rauchen, zuviel naschen, zuviel trinken, mit einem Wort zu gut leben, und sein Ausweg war, man muß sich hier einschränken. Oder ich erinnere daran, daß gerade die Tarifierhöhungen, ob es sich um Strom oder andere Tarife gehandelt hat, von sozialistischen Rednern, von sozialistischen Mandataren verlangt wurden, ebenso jetzt die Einführung der Krankenscheingebühr, die eine weitere Belastung des arbeitenden Menschen darstellt. Ja, glaubt Ihr denn, wenn für die Krankenscheingebühren 70 Millionen Schilling aus den Taschen der Arbeiter gezogen werden, daß diese vielleicht von Ersparnissen

der Arbeiter stammen? Sie werden abkompensiert werden, es werden um diese 70 Millionen Schilling weniger Waren gekauft und es werden weitere Arbeitsplätze gefährdet werden. Es wird also in dieser Situation, wo es darauf ankommen würde, die Kaufkraft zu heben und zu stärken, die Kaufkraft der arbeitenden Massen weiter gesenkt. Ich bin mir vollkommen klar, daß die Volkspartei, getragen von ihrer Politik der Profitwirtschaft, der sie anhängt und die sie nicht einmal leugnet, diese Maßnahmen zur Durchführung bringt, weil sie nicht die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertritt, sondern die Interessen der Unternehmer, die Interessen der Kapitalisten vertreten muß. Aber von der Sozialistischen Partei, die jetzt 13 Jahre in der Regierung sitzt und sozusagen die Mauer gemacht hat, damit diese Kapitalanreicherung vor sich hat gehen können, die also mit die Schuld trägt, daß heute die Arbeitsplätze gefährdet werden, hätte man etwas anderes erwarten müssen. Feststeht, daß wir in Österreich eine Regierung Raab-Pittermann haben, daß zur Zeit des Wirtschaftswunders, das schon längst nicht mehr jubelnd verkündet wird, beide Koalitionsparteien das Verdienst hierfür für sich beansprucht haben, daß aber nunmehr auch beide Koalitionsparteien die volle Verantwortung für die derzeitige wirtschaftliche Verschlechterung tragen.

Natürlich trifft diese wirtschaftliche Situation besonders Niederösterreich, aber nicht von ungefähr, denn in Niederösterreich sind zu den Faktoren der kapitalistischen Wirtschaft, die in unserem Bundesgebiet wirksam sind, noch eine Reihe anderer Faktoren wirksam geworden, die unser Bundesland besonders anfällig für eine wirtschaftliche Schwächung machen. Während im Bundesdurchschnitt, wie ich schon gesagt habe, die Arbeitslosigkeit um 4,5 Prozent gestiegen ist, hat sie in Niederösterreich im gleichen Zeitraum um 16,5 Prozent zugenommen. Wir hören die Nachricht, daß in einer großen Anzahl von Betrieben auf Kurzarbeit übergegangen worden ist und daß es ernste Schwierigkeiten in der Metall- und in der Textilindustrie gibt. Wir wissen, daß im Stahlwerk Ternitz, dem größten Betrieb der eisenverarbeitenden Industrie, nunmehr Zwangsurlaube eingeschaltet wurden, das heißt, die Arbeiter wurden ersucht, auf Urlaub zu gehen, um über diese Zeit hinwegzukommen. Wir wissen, daß besonders die Frauen von der Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die Zahl der arbeitssuchenden Frauen ist innerhalb eines Jahres von 9668 auf 11.568, also um 20 Prozent, gestiegen. In

unserem Bundesgebiet beträgt die Steigerung der Arbeitslosigkeit der Frauen 17,4 Prozent. Man könnte noch viele Beispiele anführen.

Es sind in den letzten Jahren eine Reihe von Vorschlägen gemacht worden, um die wirtschaftliche Lage Niederösterreichs zu verbessern. Die Arbeiterkammer hat einige sehr beachtliche Programme erstellt, gegen die nichts einzuwenden ist. Heute versuchte der Finanzreferent Müllner — was ich für falsch, für absolut falsch halte —, Niederösterreich gegen Wien auszuspielen. Ich halte es deshalb für falsch, nicht weil Wien eine sozialistische Mehrheit und Niederösterreich eine ÖVP-Mehrheit hat, sondern weil es auf der ganzen Welt keinen Staat gibt, wo die Hauptstadt dieses Staates nicht auch besondere finanzielle Zuwendungen erhält oder finanzielle Begünstigungen hat, denn schließlich und endlich ist die Hauptstadt eines Landes, wenn man nicht dem Provinzialismus verfallen will, auch die Visitenkarte eines Landes. Deshalb halte ich die Gegenüberstellung des Landesrates Müllner für falsch. Auch trifft sie den Nagel nicht auf den Kopf, sondern sie lenkt vielmehr von einer Reihe von Tatsachen und von den wirklichen Ursachen ab, die schuld an den wirtschaftlich schlechten Verhältnissen in Niederösterreich haben. Nach 1945 und 1946 hat es tatsächlich den Anschein gehabt, als ob alle Anstrengungen gemacht werden, damit Niederösterreich, das durch den Krieg schwerst in Mitleidenschaft gezogen worden war, seinen Wiederaufbau möglichst rasch in Gang bringen, seine Betriebe wieder in Ordnung bringen und neue Investitionen durchführen könne. Es sah hoffnungsvoll, wirklich hoffnungsvoll aus, und es hat den Anschein gehabt, als ob hier wirklich die Kräfte des ganzen Bundesgebietes eingesetzt werden, um bestimmte überdimensionierte Schäden, die Niederösterreich durch den Krieg erlitten hat, zu beseitigen. Das war noch 1946. Dann sind aber die Amerikaner auf die Idee gekommen, den kalten Krieg zu propagieren, dessen Zweck es war, durch die Auflegung der Embargolisten in erster Linie die wirtschaftliche Entwicklung der Länder des Sozialismus zu hemmen und zu hindern. Heute stellt sich heraus, daß man damit den wirtschaftlichen Aufschwung der Sowjetunion nicht hemmen hat können, sondern daß dieser Aufschwung, trotz der Embargolisten, vor sich gegangen ist. Aber das Schmerzliche für uns daran ist, daß auf Grund dieser Einstellung zum kalten Krieg, nämlich das Wirtschaftspotential der sozialistischen Länder zu schwächen, auch auf Österreich ein Druck ausgeübt wurde, und da erleben wir

gerade jetzt beim ERP-Fonds wieder, wie hart dieser Druck von seiten der Amerikaner sein kann. Diese Politik hat dazu geführt, daß das, was 1945/46 hoffnungsvoll erschien, nachher verdorrte und eintrocknete. Während man bei der Konferenz der Landesbaudirektoren im Jahre 1946 feststellen konnte, daß Niederösterreich Kriegsschäden im Ausmaß von 25 Prozent der gesamten Kriegsschäden erlitten hat, hat man Niederösterreich aus den Mitteln des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds — da war die Unterstützung bereits in vollem Gange — nur noch 9 Prozent zugebilligt. Diese Benachteiligung spüren wir auf allen Gebieten. Ich bleibe bei nur einem Beispiel — wir haben darüber bereits gesprochen —, nämlich bei der Verlagerung von Betrieben nach dem Westen. Ich erinnere an die dramatische Sitzung hier in diesem Hause über die Errichtung des Kraftwerkes Ybbs-Persenbeug, in der es denn doch gelungen ist, den Beweis zu erbringen, daß der Freigabe durch die Besatzungsmacht nichts im Wege stehe. Migsch hat nämlich seinerzeit als Energieminister erklärt, man wird doch nicht im Osten ein Kraftwerk errichten, von dem man nicht wisse, ob es nicht eines Tages dem „Osten“ gehört. Ich erinnere auch daran, daß Abgeordneter Zettel seinerzeit festgestellt hat, daß die Investitionsrate für das Stahlwerk Ternitz, welches in Niederösterreich gelegen ist und das in keiner günstigen Situation gewesen ist, nur einen Bruchteil dessen ausgemacht habe, was man in anderen Stahlwerken investiert hat. Das gleiche war auch bei den Böhler-Werken und in Kapfenberg der Fall. All das unter den Auspizien des kalten Krieges, der Unterstützung des kalten Krieges und als das, was wir unter dem Begriff der Benachteiligung Niederösterreichs verstehen! Wenn wir zusammenrechnen, was uns vorenthalten wurde, so ergeben sich bei vorsichtigster Schätzung allein 4 Milliarden Schilling, die unserem Lande kraft seiner wirtschaftlichen Stärke, kraft seiner Bevölkerungszahl und kraft der wirtschaftlichen Notwendigkeiten gegeben hätte werden müssen. Allein 1 Milliarde Schilling macht bis jetzt der Betrag aus, den Niederösterreich aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds zuwenig erhalten hat. Eine weitere Milliarde Schilling hat Niederösterreich bei der Zuteilung aus den ERP-Mitteln zuwenig erhalten. Ferner wäre es, um eine halbwegs gleiche Entwicklung des Energiepotentials in Niederösterreich wie im übrigen Österreich herbeizuführen, notwendig gewesen, ein zweites Donaukraftwerk in Niederösterreich zu errichten, was weitere 1,5 Milliarden

Schilling für unsere Wirtschaft ausgemacht hätte. Wenn man schließlich noch rund 500 Millionen Schilling dazurechnet, die Niederösterreich im Straßenbau für Kriegsschädenbehebung aufwenden mußte, so ergibt sich die Zahl von rund 4 Milliarden Schilling. 4 Milliarden Schilling in unser Land investiert, hätte wesentlichen Aufschwung gebracht, hätte wesentlich dazu beitragen können, die Arbeitsplätze zu vermehren. Der kalte Krieg ist vor dreieinhalb Jahren zu Ende gegangen. Mit dem Abschluß des Staatsvertrages sind die Voraussetzungen des kalten Krieges für die gesamte Ostzone weggefallen. Die Folgen dieser Politik der Benachteiligung, der Unterstützung des kalten Krieges der Amerikaner durch die Koalitionsregierung mußten vor allem Niederösterreich treffen, und wir haben es auch in voller Stärke zu spüren bekommen. Diese Benachteiligung wirkt sich heute noch immer aus, trotzdem die Voraussetzungen für den kalten Krieg durch den Staatsvertrag beseitigt wurden. So wurde zum Beispiel der Umrechnungsschlüssel bei der Aufteilung der Mittel aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds noch nicht geändert. Aber auch auf anderen Gebieten sind auf Grund der gleichen Politik deren Folgen weiterhin spürbar. Hierzu kommt noch der Umstand, daß mit dem Staatsvertrag die Übergabe der ehemaligen USIA- und Erdölbetriebe erfolgte. Hier ist vor allem das eingetroffen, was Landesrat Müllner gesagt hat, nämlich daß vor uns die Aufgabe stand, diese Betriebe entweder möglichst rasch zu liquidieren oder in die österreichische Wirtschaft zu überführen. Ich glaube, die Liquidierung ist besser gelungen als die Überführung. Wer sich heute diese Betriebe ansieht und einen Vergleich mit deren Wirtschaftlichkeit vor dreieinhalb Jahren anstellt, der ist sich ganz klar, daß das System, diese Betriebe zu liquidieren, das wirksamere gewesen ist. Es wird so viel darüber gesprochen, daß diese Betriebe in der Besatzungszeit nicht genügend investiert haben und daß sie daher in ihrer technischen Entwicklung zurückgeblieben sind. Das mag bei dem einen oder anderen Betrieb stimmen, vielleicht sogar bei der Mehrheit der Betriebe; darüber zu rechten wäre völlig zwecklos. Diesen Zustand der Betriebe hat man aber auch zu einer Zeit gekannt, als man sie noch als besonders wichtig für die österreichische Wirtschaft dargestellt hat. Ich verweise auf die Reden, die hier im Landtag dazu gehalten worden sind. Und jetzt auf einmal soll es mit diesen Betrieben nicht weitergehen? Es könnte weitergehen! Die Schwierigkeiten liegen wo-

anders, vor allem darin, daß diesen Betrieben der Markt fehlt, sowohl der innere Markt als auch der Exportmarkt. Ich erinnere daran, wer diesen Betrieben systematisch die Märkte abgegraben hat. Ich habe vor sieben Jahren im Landtag darauf hingewiesen, daß man Käufer fast unter Sanktion gestellt hat, wenn sie Waren aus den USIA-Betrieben beziehen. Ja, man hat damals sogar Briefe ins Ausland geschrieben mit der Aufforderung: „Kauft keine USIA-Waren.“ Ich habe damals auch darauf hingewiesen, daß die Russen einmal weggehen, die Arbeiter aber hierbleiben werden. Diesen Arbeitern ist nun durch Ihre Politik die Existenz gefährdet. Der Markt ist diesen Betrieben im Zuge der Unterstützung des kalten Krieges systematisch untergraben und damit auch den Arbeitern der Arbeitsplatz gefährdet worden. Wenn man den Betrieben wirklich hätte helfen wollen, dann hätte man sie in ihrem bisherigen Konzern beisammenlassen und der verstaatlichten Industrie angliedern müssen. Wenn sie eine einheitliche wirtschaftliche Kraft dargestellt hätten, erst dann hätte man überprüfen müssen, welche Betriebe ihrer Struktur nach nicht in den Rahmen der verstaatlichten Industrie passen. So hat man aber von vornherein diesen Komplex zerschlagen und jeden einzelnen Betrieb seinem Schicksal überlassen mit der Absicht, diese Betriebe möglichst rasch herabzuwirtschaften, um sie dann den Kapitalisten zur Kapitalbildung billig zu überlassen, sie also zu privatisieren.

Wie schaut es nun mit unserem größten Schatz, dem Erdöl, in Österreich aus? Was wurden da nicht für Versprechungen gemacht! Was wurde nicht alles darüber gesagt, welche Vorteile für das ganze Volk entstünden, wenn wir das Erdöl in unserem Besitz haben würden! Präsident Böhm erklärte, wenn wir die Verfügungsgewalt über unser Erdöl besitzen werden, werden alle Forderungen der Arbeiter erfüllt werden können. Bundeskanzler Raab hat anlässlich der Eröffnung der Kamptalwerke in Dobrakrumau am 18. Juli 1953 folgendes gesagt (liest): „Einmal muß und wird der Tag kommen, wo unserem schwergeprüften Volk die Schätze unseres Landes zur Verfügung stehen werden. Heute müssen wir den Kreditweg gehen, um Arbeit zu schaffen. Österreich hat derzeit die größte Erdölförderung Europas. Würde dieses Unrecht, daß wir nicht über die Produkte verfügen, beseitigt werden, dann hätten wir keine ausländischen Kredite notwendig.“ Vergleichen wir in Gedanken, wie es heute aussieht. Die ÖVP sagt, was sie verspricht, das hält

sie. Diese Rede des Bundeskanzlers ist sicherlich in den Protokollen der Newag verzeichnet; sie wurde auch in den ÖVP-Wochenzeitungen veröffentlicht und kann dort nachgelesen werden. Es ist noch mehr über das Erdöl gesagt worden; ich gehe gar nicht darauf ein, was hier im Landtag alles dazu gesagt wurde, weil das ja, nehme ich an, noch in bester Erinnerung sein wird. So wurde beispielsweise von Staatssekretär Kreisky am 21. April 1955, anlässlich der bevorstehenden Unterzeichnung des Staatsvertrages, auf einer Wiener Vertrauensmännerkonferenz der SPÖ gesagt (*liest*): „Wir haben darauf verwiesen, daß es im Zeitalter der Liquidierung des Imperialismus für uns unerträglich wäre, wenn uns ein Regime für unsere Ölfelder aufgezwungen würde, das heute freiwillig kein Volk im Mittleren oder Fernen Osten mehr akzeptiert. Es ist sehr erfreulich, daß die führenden Männer der Sowjetunion für unsere Argumentation Verständnis hatten, daß sie sich bereit erklärten, uns die uneingeschränkte Verfügung über unser Erdöl zurückzugeben. Die nun gefundene Lösung macht uns zum Herrn im eigenen Haus.“ Oder Vizekanzler Dr. Pittermann sagte im Parlament (*liest*): „Ich stelle fest, daß uns Sozialisten die Behauptung der Erdölquellen als Eigentum des österreichischen Staates als wichtigste Voraussetzung für die Bewahrung seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit erscheint. Wir werden uns entschlossen gegen eine Entösterreichung dieser Erdölquellen wehren. Wir sehen in der Bewahrung des österreichischen Staatseigentums an Öl, dieses kostbaren Reichtums, den unsere Erde birgt, geradezu einen Friedensfaktor in diesem Teil Europas.“

Und wie schaut es nun aus? Bekanntlich wurde von den Vertretern beider Koalitionsparteien das sogenannte Wiener Memorandum unterzeichnet, dessen restlose Erledigung nunmehr in der nächsten Zeit in die Wege geleitet werden soll. Als erste Etappe dieses Wiener Memorandums, nämlich der Auslieferung des österreichischen Öls letzten Endes an das ausländische Kapital, haben wir erlebt, daß die beiden Raffinerien Shell in Floridsdorf und Vacuum in Kagran entstaatlicht wurden. Es waren verstaatlichte Betriebe, die nicht von den Sowjets besetzt gewesen sind und nunmehr an die Anglo-Amerikaner übergeben wurden. Der Anteil des österreichischen Staates an der westösterreichischen Gasolin wurde zu gleichen Teilen an die Shell und an die Esso übergeben. Die Shell hat ihren Teil dann

zur Gänze der Esso abgetreten. Das war sozusagen die erste Etappe.

Die zweite Etappe war, daß man die Raffinerie Lobau mit der Ölleitung aus dem Ölgebiet, gleichfalls von der ÖMV, an die anglo-amerikanischen Ölkapitalisten übergeben und der ÖMV bis Ende dieses Jahres einen Pachtvertrag zur Benützung eingeräumt hat. Nun versuchte die ÖMV, diesen Pachtvertrag zu verlängern. Die amerikanisch-englischen Ölkapitalisten sind zur Verlängerung dieses Pachtvertrages bereit, wenn die ÖMV bereit ist, diese Anglo-Amerikaner an der Raffinerie Schwechat, die erst in Bau ist, entsprechend zu beteiligen. Anders verlängern sie diesen Pachtvertrag nicht, und man wird es wahrscheinlich als großen Erfolg hinstellen, wenn es gelingt, den Pachtvertrag um ein Jahr zu verlängern und die Anglo-Amerikaner an der Raffinerie Schwechat zu beteiligen. Die Franzosen wurden bekanntlich durch die Aktienmehrheit der Donau-Versicherung abgefertigt, über deren Manipulationen man vorgestern in der „Arbeiter-Zeitung“ lesen konnte. Aber hier war die Zustimmung der Sozialisten notwendig. Sind es vielleicht die Interessen der städtischen Versicherung gewesen, daß man auf einen entscheidenden Staatsbetrieb, wie es eine Versicherung ist, verzichtet und ihn den anderen in die Hände spielt?

Es wurde weiter der Forderung der Anglo-Amerikaner Rechnung getragen, daß die ÖMV und die RAG, die unter ihrer Führung steht, sich die Schurfrechte 50 zu 50 teilen. Die ÖMV ist in Oberösterreich beteiligt, wo noch nicht einmal feststeht, ob man genügend Erdöl und in welcher Qualität man es finden wird, während die RAG in Niederösterreich an Gebieten beteiligt ist, von denen es einwandfrei feststeht, daß sie fündig mit erstklassigem Erdöl sind. Aber die Bedingung ist, daß sich die ÖMV in einem Konsortialvertrag den Anglo-Amerikanern verpflichtet, daß ihre Beteiligung entsprechend herabgesetzt wird, wenn sie nicht in der gleichen Höhe investiert wie diese ausländischen Erdölgesellschaften. Wer die Kapitalkraft dieser internationalen Erdölgesellschaften kennt, weiß, daß sie mit diesem Vertrag jederzeit die Möglichkeit haben, sich zum überwiegenden Teil in den Besitz des österreichischen Erdöls zu setzen.

Aber wie schaut es überhaupt mit dem österreichischen Schatz, mit dem Gold aus dem österreichischen Boden, auf unseren Ölfeldern draußen aus? In den drei Jahren seit der Übergabe der Erdölbohrungen an die ÖMV ist die Produktion von Erdöl um eine Million Tonnen gesunken. Das ist um ein

Drittel. Sie beträgt nur noch zwei Drittel dessen, was sie im Jahr 1955 betragen hat. Früher waren 30 bis 40 Bohranlagen in Betrieb, jetzt sind 18 Bohranlagen, und auch diese nicht restlos, eingesetzt. Während vor kurzem noch jährlich 210.000 Meter gebohrt wurden, sollen es im kommenden Jahr nur noch 58.000 Meter sein. Während man früher Aufschlußbohrungen in großer Zahl durchgeführt hat, werden es im kommenden Jahr nur noch zwei in Texing, je eine im Bezirk Mank und in Althöflein sein. Dabei bedient man sich bei diesen Aufschlußbohrungen Methoden, über die die Fachleute lächeln, wenn es nicht so ernst wäre. Während die Methode gang und gäbe ist, bei einer Aufschlußbohrung im Umkreis weitere zwei, drei Bohrungen durchzuführen, weil ja nicht die absolute Sicherheit besteht, wirklich den Erdölhorizont zu treffen, macht man jetzt nur noch eine Bohrung und ist froh, wenn sie nicht fündig wird. Ich erinnere daran, daß das größte Erdölvorkommen Mitteleuropas, nämlich das in Matzen, erst bei der dritten Bohrung fündig wurde, zwei Bohrungen vorher waren ergebnislos gewesen. Ja, es werden sogar, entgegen den Ratschlägen der Geologen, Aufschlußbohrungen vorgenommen, wo die Geologen von vornherein gewußt haben, dort wird man kein Öl finden. Man geht nicht fehl, daß — ähnlich wie bei den USIA-Betrieben — alles darangesetzt wird — die sinkende Produktionsziffer spricht es deutlich aus —, diese Erdölbetriebe gleichfalls herabzuwirtschaften, um sie billig den ausländischen Kapitalisten in die Hände zu spielen. Zu diesem Zweck hat sich, von beiden Koalitionsparteien ausgehend, die Industrie- und Bergbauverwaltung wohl die unfähigste Leitung in die ÖMV gesetzt, deren Streben es nur ist, möglichst wenig zu produzieren und die Betriebe möglichst herabzuwirtschaften. Da werden amerikanische Bohranlagen gekauft, von denen jede 4 Millionen Schilling kostet, eine wird in Betrieb genommen, die anderen kann man sich am Bahnhof Prottes anschauen und sehen, wie sie im Regen draußen verrostet. 4 Millionen Schilling spielen für die ÖMV anscheinend gar keine Rolle, weil es ihre Aufgabe ist, herabzuwirtschaften! Wer heute die Zahl der Angestellten in der Generaldirektion der ÖMV mit der Zahl der Bediensteten, die in der Zentralverwaltung der SMV gewesen sind, vergleicht, wird dort dutzendfach mehr Beschäftigte finden, als früher zu verzeichnen waren. Diametral mit dem Niedergang der Förderung wächst der Wasserkopf in der Generaldirektion, von der die Erdölarbeiter heute schon als „Ölministerium“ sprechen.

Die Verhältnisse, die dort herrschen, zeigen klar, daß nicht das Können, die Eignung ausschlaggebend ist, sondern die Zugehörigkeit zu einer der beiden Regierungsparteien. Man versucht, auf Kosten des Staates die Protektionskinder, die Unfähigsten, unterzubringen. Dort spielt auch der Arbeiter- und Angestelltenbund, der sich gerne als christlich bezeichnet und man daher annehmen müßte, daß seine maßgebendsten Exponenten auch ein christliches Gewissen haben, eine große Rolle. Wie schaut es aber in Wirklichkeit dort aus? In der ÖMV ist es heute gang und gäbe, daß ein Arbeiter oder Angestellter, der längere Zeit krank ist, nach § 82 a entlassen wird. (*Abg. Cipin: Früher hat er nicht einmal das gebraucht, da ist er auch so hinausgeflogen!*) Cipin, du weißt, daß das nicht stimmt! Besonders aufregend aber ist das Schicksal einer Frau, die -dort seit vielen Jahren beschäftigt war. Es ist dies der Fall Nozicka. Die Frau, die erst als Kindergärtnerin, dann als Bedienerin beschäftigt war, ist an einer Hüftgelenksluxation erkrankt. Weil sie ihre Arbeit als Bedienerin — das ist ja für jeden verständlich — wegen ihrer Erkrankung nur unter schwierigsten Bedingungen erfüllen konnte, hat sie sich einer Operation unterzogen, um dieses Leiden zu heilen und voll arbeitsfähig zu sein. Als sie im Krankenbett gelegen ist, hat sie plötzlich vom christlichen Personalvertreter der ÖMV die fristlose Entlassung nach § 82 a bekommen. Nun ist diese Frau — und das ist das Tragische an dem Fall — die alleinige Familienerhalterin. Der Bruder ist vor einem Jahr tödlich verunglückt, der Vater bezieht infolge Arbeitsunfähigkeit nur eine Rente, und auch die Mutter ist arbeitsunfähig. Unterzeichnet wurde die fristlose Entlassung von Menschen, die sich „christliche Gewerkschafter“ nennen! Wo ist das christliche Herz, wo das Christentum? Das ist doch ausgesprochenes Schindluder, was ihr mit dem Christentum treibt. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Sorgt dafür, daß es anders wird, setzt euch ein, damit dieser Fall bereinigt werden kann. (*Abg. Tesar: Was habt ihr in Traisen gemacht?*) Was weißt du von Traisen! (*Zwischenrufe des Abg. Stangler.*) Wir warten schon, was der Stangler sagen wird, das wird sehr interessant! Wieso er Lehrer wurde, ist mir bis heute nicht begreiflich! (*Abg. Stangler: Sie sollen zum Budget sprechen!*)

So schaut die Sache aus. Jetzt sollen hier die einzelnen Abgeordneten ihre Reden, die sie noch vor fünf oder sechs Jahren gehalten haben, überprüfen, und die dahin zielten, was wir alles machen könnten, wenn wir die Verfügungsgewalt über die USIA-Betriebe

und über das Erdöl hätten. Wie steht es jetzt mit dem Einlösen der Versprechungen, die damals gemacht wurden? (*Zwischenruf des Abg. Weiss.*) Sprecht mit den Arbeitern in den Betrieben, da werdet ihr etwas anderes hören! Jetzt kann man sich vorstellen, daß diese ganze Politik der Benachteiligung der ehemaligen USIA- und Erdölbetriebe, die ohnehin schon so verhängnisvoll gewesen ist, nun vor allem Niederösterreich trifft. Dazu kommt aber in der letzten Zeit noch eine andere Angelegenheit, nämlich die, welche Herr Landesrat Müllner hier mit seinem „Marsch nach dem Westen“ charakterisiert hat. Hoffentlich wird über ihn nicht ein Parteiverfahren verhängt, denn der Graf will immer den „Marsch nach Osten“ antreten und er tritt den „Marsch nach Westen“ an. Das ist die Politik der Orientierung auf die Freihandelszone, über die ich hier schon einmal gesprochen habe, eine Politik, die verhängnisvolle Auswirkungen für Niederösterreich haben muß und auch bereits hat. Landesrat Müllner hat hier das Kraftwerk Klosterneuburg angeführt. Ich glaube, das ist eine der Fragen, wo wir wirklich übereinstimmen. Wenn man den Energiezuwachs in den letzten Jahren betrachtet — das gehört mit zur Benachteiligung Niederösterreichs —, muß er als lächerlich bezeichnet werden. Hier soll wirklich alles darangesetzt werden, um so mehr, als sich um das Zentrum Wien in einem Umkreis von 60 Kilometern 40 Prozent des österreichischen Energieverbrauches konzentriert und jede weitere Steigerung des Energieverbrauches durch Lieferungen aus dem Westen nur erfolgen kann, wenn man die Hochspannungsleitungen verstärkt oder neu baut. Das ist auch mit ein Grund, warum das Kraftwerk Klosterneuburg errichtet werden muß. Wir sind nicht gegen den Bau des Kraftwerkes Aschach, wir sind aber der Meinung, daß die Errichtung der Donaukraftwerke, wie überhaupt sämtlicher Kraftwerke in Österreich, von den Notwendigkeiten des österreichischen Wirtschaftslebens bestimmt sein muß, und aus dieser Notwendigkeit heraus ist bei Klosterneuburg, im Zentrum des Energieverbrauches, das Kraftwerk zu errichten.

Es ist darauf hingewiesen worden, daß in Oberösterreich und Salzburg ein Mangel an Bauarbeitern besteht. In Niederösterreich dagegen haben wir die Tatsache, daß es selbst zur Hochsaison in Wiener Neustadt arbeitslose Bauarbeiter gibt. Diese könnten wir in Niederösterreich beschäftigen, wenn wir wieder eine Großbaustelle hätten. (*Zwischenruf bei der ÖVP: Dabei werden Arbeiter gesucht!*) Für die Errichtung eines

Kraftwerkes in Niederösterreich sprechen, wenn man diese Interessen im Auge hat, auch andere Momente. Daß von den für Investitionen im Kraftwerksbau vorgesehenen 8 Milliarden Schilling nur 250 Millionen Schilling für Niederösterreich bestimmt sind, bestätigt meine hier schon abgegebenen Erklärungen. Der Bau des Kraftwerkes Aschach wurde von der österreichischen Regierung im Hinblick auf die Freihandelszone beschlossen, obwohl bekannt ist, daß bei Einführung der Freihandelszone der Energieverbrauch in unserem Gebiet nicht aufrechtzuerhalten sein wird, weil eine Reihe von Wirtschaftszweigen — Sie brauchen nur das Handbuch der Handelskammer von Niederösterreich nachzulesen — in ihrer Existenz gefährdet sein werden. Die Errichtung des Kraftwerkes in Aschach, nur 40 Kilometer von der westdeutschen Grenze entfernt, zeigt deutlich, welche Folgen diese Politik der Orientierung auf die Freihandelszone hat. Wie sich nun herausstellt, sind 20 Prozent der Produktion von vornherein für die deutsche Industrie vorgesehen.

Ich bringe ein anderes Beispiel: Wir haben in Niederösterreich, und zwar in Grünbach, den einzigen Steinkohlenbergbau Österreichs, der sich, wie allgemein bekannt ist, in keiner günstigen Situation befindet. In der ganzen kapitalistischen Welt häufen sich die Kohlenreserven, auf den Halden liegen viele Millionen Tonnen. Nach der Übergabe von Grünbach hat man versichert, den Betrieb zu modernisieren. Es wurden zwar gewisse Investitionsmittel zur Verfügung gestellt, aber schon vorher die Hoffungsgebiete um Höflein einer anderen privaten Gesellschaft übermittelt, jene Gebiete, wohin sich Grünbach hätte ausweiten können, um neue Schächte zu erschließen und neue Kohlenvorkommen zu fördern. Als aber dann die Politik der österreichischen Regierung auf die Freihandelszone ausgerichtet wurde, sind die Investitionen immer kleiner geworden, bis man sie zur Gänze eingestellt hat mit der Erklärung, erst wieder bei einer Kohlenförderung von 500 Tonnen zu investieren. (*Abgeordneter Mitterhauser: Wo? In Rußland?*) In Grünbach, ein paar Kilometer von hier! Dies mutet sonderbar an, wenn man bedenkt, wie wenige von den Bergarbeitern das Rentneralter erreichen. Man kann es den Arbeitern gar nicht sagen, aber es ist interessant, die Statistik einzusehen, woraus klar zu entnehmen ist, wie erschreckend viele an Staublunge zugrunde gehen. (*Abg. Laferl: Ich wohne dort!*) Er hat keine Ahnung, er versteht bestenfalls von der Kunstaussstellung etwas, aber nicht vom Bergbau. (*Abg. Laferl:*

Warst du schon drinnen in Grünbach?) Ja, ich war schon drinnen. Man kann doch nicht von den jetzt schon gesundheitlich schwerst gefährdeten Arbeitern verlangen, noch mehr aus den Gruben herauszuholen, ohne den Betrieb zu modernisieren. (*Ruf bei der ÖVP: Stachanow-System!*) Fragt den Cipin über das Stachanow-System, er wird euch aufklären! Man ist zur Erkenntnis gekommen, daß Grünbach bei Wirksamwerden der Freihandelszone restlos verloren ist, weil es einfach mit den mächtigen Kohlenvorkommen in Westdeutschland, Belgien, Frankreich und England, wo heute schon Schächte stillgelegt werden, nicht mitkommt, da es nicht konkurrenzfähig ist. Das heißt also, daß jeder, der für die Freihandelszone eintritt, gegen die Interessen der Grünbacher Bergarbeiter auftritt. Die Folgen des Eintritts in die Freihandelszone werden aber noch viel weitreichender sein. Es besteht kein Zweifel, daß von den Bemühungen vieler Gemeinden, Betriebe nach Niederösterreich zu bringen, abgesehen von einigen Geflügelfarmen, die man als Betriebsneugründungen bezeichnet, nichts zu spüren ist. Wir haben in den letzten Jahren sogar eine Reihe von Betriebsstillegungen zu verzeichnen, und an der Zahl der Beschäftigten verglichen, erfolgten mehr Stillegungen als Neuerrichtungen. Der tragischste Fall ist zweifellos der durch die gemeinsamen Koalitionsanstrengungen zugrunde gerichtete Haselgruber-Betrieb, der den beiden Parteien zwar nicht die Parteimitglieder, dafür aber unmittelbar schöne Millionenprovisionen gebracht und 1200 Arbeitern den Arbeitsplatz gekostet hat. Das ist also auch eine Methode zur Sicherung der Arbeitsplätze in Niederösterreich! Auch hier wird sich die Politik der Orientierung auf die Freihandelszone — auch wenn es zu dieser nicht kommen sollte — weiterhin auswirken.

Ich habe nun im großen und ganzen die Lage gekennzeichnet, in der sich Niederösterreich befindet. Was bietet uns das Budget für Möglichkeiten, die Situation zu meistern? Ich will nicht auf die vom Herrn Landeshauptmann in seiner Radiorede bezüglich des Budgets gebrachten Ziffern eingehen, die übrigens nicht stimmen. Ich weiß nicht, wer ihm hier ein Haxl stellen wollte und ihm falsche Ziffern geliefert hat. Er behauptete nämlich, daß im ordentlichen Budget des Jahres 1959, Gruppe Gesundheitswesen, um drei Millionen Schilling mehr zur Verfügung stehen werden. Ein Blick in den Voranschlag zeigt aber, daß es nur zwei Millionen Schilling sind. (*Abgeordneter Hainisch: Das war ein Hörfehler!*) Nein, kein Hörfehler! Das ist auch in der Landeskorrespondenz gestanden und auch

sonst überall schwarz auf weiß ersichtlich gewesen. Es mag ein Hör-, Schreib- oder Lesefehler sein — ich will darauf nicht näher eingehen —, jedenfalls hat er es aber gesagt, und das gilt. Können wir nun von diesem Budget eine Erleichterung der schwierigen wirtschaftlichen Situation des Landes erwarten oder nicht? Bei Betrachtung der Gesamtausgaben ist festzustellen, daß sie um 155,1 Millionen Schilling größer sind als im Jahr 1958. In diesen sind, wie schon der Herr Finanzreferent gesagt hat, eine Reihe unwirksamer Ausgaben inbegriffen. Ich greife auch auf seine früheren Äußerungen zurück, wonach im wesentlichen die produktiven Ausgaben im außerordentlichen Haushaltsplan beziehungsweise im Eventualbudget enthalten sind. Er selbst mußte bei der von ihm eingeführten Dreiteilung zugeben, daß im heurigen Jahr das letzte Drittel der Ausgaben für die produktiven Leistungen geringer ist. Wir sehen also, daß das außerordentliche sowie das Eventualbudget um 21 Millionen Schilling, das sind zehn Prozent, geringer ist als im vergangenen Jahr. Es ist daher von dieser Seite eine sehr ungenügende Unterstützung zur Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Niederösterreich zu erwarten. Wo sind nun Einsparungen im außerordentlichen und im Eventualbudget gemacht worden? Bei der Fürsorge und Jugendhilfe um 6 Millionen Schilling oder 60 Prozent weniger als im vergangenen Jahr, beim Gesundheitswesen um 75 Millionen Schilling oder um 3 Prozent weniger, im Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen um 2,8 Millionen Schilling oder 2,5 Prozent weniger, in der Landwirtschaft und Wirtschaftsförderung um 4,4 Millionen Schilling oder 11 Prozent weniger. Besonders arg wirken sich einzelne Kürzungen aus bei der Be- und Entwässerung, wo um 1,2 Millionen Schilling weniger Ausgaben eingesetzt sind, bei der Landeswohnbauförderung, wo um 5 Millionen Schilling weniger eingesetzt sind, bei den Fluß- und Bachregulierungen, wo um eine halbe Million Schilling weniger eingesetzt ist, bei den Wasserleitungsbauten, wo um ein Viertel Millionen Schilling weniger eingesetzt ist. Das zeigt, daß also von seiten des Budgets keine wesentlichen Verbesserungen zu erwarten sind. Es zeigt aber auch, daß wir hier mit der gleichen Vehemenz den Kampf führen müssen, den heute der Herr Landesrat Müllner gegen den neuen Finanzausgleich angekündigt hat. Sicherlich werden wir alle den Kampf um eine bessere Beteiligung Niederösterreichs und seiner Gemeinden bei dem neuen Finanzausgleich unterstützen. Aber die Lösung dieser Frage allein genügt nicht, son-

dern es muß endlich die Benachteiligung Niederösterreichs bei der gerechten Erstellung von Aufteilungsschlüsseln beseitigt werden, es muß Schluß gemacht werden mit der Politik, die USIA- und Ölbetriebe an das Kapital zu verschachern, und es muß Schluß gemacht werden mit der Orientierung auf die Freihandelszone! Es ist notwendig, eine Reihe von Investitionen durchzuführen und Möglichkeiten zu suchen, um billige Investitionskredite zur Verfügung zu stellen. Ich glaube — auch andere Leute sind dieser Auffassung —, daß die bisherige Anleihepolitik nicht zugunsten Österreichs getätigt wurde, und daß es sich kein Staat leisten kann, die Währung nicht nur zu 100 Prozent, wie der Finanzreferent gesagt hat, sondern zu 111 Prozent in Devisen gedeckt zu haben, ohne diese Devisen in der Wirtschaft einzusetzen und damit der Wirtschaft billige Investitionskredite zu geben. Da braucht noch lange keine Währungsunstabilität einzutreten. Wir sind auch vollkommen mit dem Vorschlag einverstanden, der vom Vizekanzler Pittermann gemacht wurde, daß man das Geld, das Niederösterreich aus den russischen Öllieferungen erspart, zweckentsprechend zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Niederösterreichs verwenden soll. Ich glaube, daß es notwendig ist, diese allgemeinen Feststellungen des Vizekanzlers, die er gemacht hat, hier in eine konkrete Form zu kleiden, und ich möchte darauf hinweisen, daß es im Parlament die sozialistischen Abgeordneten versäumt haben, diese Versammlungsrede praktisch zu untermauern und mit einem entsprechenden Antrag im Bundesbudget für 1959 diesen Betrag Niederösterreich zuzuweisen. Ich erlaube mir daher, dieses Versäumnis hier nachzuholen und stelle folgenden Antrag (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, von der Bundesregierung zu verlangen, daß entsprechend dem Vorschlag des Vizekanzlers Pittermann jene Beträge (zirka 220 Millionen Schilling), die durch die sowjetischen Rücklieferungen an Erdöl eingespart werden, dem Lande Niederösterreich für Investitionen überwiesen werden, das auf Grund langjähriger Benachteiligung Anspruch auf eine Entschädigung hat.“

Das wäre aber nur eine Teilentschädigung. Darüber hinaus ist es notwendig, um die Situation in Niederösterreich zu verbessern und zu erleichtern, das System der Benachteiligung zu beseitigen, Schluß zu machen mit der Orientierung auf die Freihandelszone und das zu tun, was die Handelskammer vorschlägt, nämlich Österreich auch wirtschaftlich zu einer Brücke zu machen, die die Ver-

bindung zwischen West und Ost offenhält, weil nur so die Möglichkeit gegeben ist, daß sich in Niederösterreich Betriebe, auch ausländische Betriebe, ansiedeln und damit die Arbeitsplätze der niederösterreichischen Arbeiter gesichert werden. Das ist es, was wir brauchen. Dazu kommt noch die Frage der Erhöhung der Kaufkraft, die Sicherung des inneren Marktes. Mit der Politik der Unterstützung der Kapitalbildung muß Schluß gemacht werden. Wir brauchen eine Politik zur Förderung der Kaufkraft der arbeitenden Menschen, dann werden wir in der Lage sein, den Arbeitsplatz für die arbeitenden Menschen nicht nur in Niederösterreich, sondern in ganz Österreich zu sichern.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Präsident W o n d r a k.

Abg. WONDRAK: Hohes Haus! Wenn es vielleicht noch Menschen gibt in diesem Lande, die nicht wissen, daß wir in wenigen Tagen in ein Wahljahr kommen, so haben sie heute hier reichlich Gelegenheit gehabt, das sofort gründlich zu begreifen. Wir haben jetzt zwei Wahlreden gehört, die mit der Vorlage, die hier zur Verhandlung steht, herzlich wenig zu tun gehabt haben. Es ist natürlich im Rahmen der Behandlung eines Vorschlages für das Land Niederösterreich nicht unmöglich und auch nicht uninteressant, wenn man hier ein allgemein politisches Konzept vorträgt. Aber ich meine, so offensichtlich zum Fenster hinauszureden, um den Wählern zu sagen, was alles geschehen ist, und zwar durch die Initiative der Fraktionen, die bis jetzt ihre Sprecher gestellt haben, ist doch nicht geschickt, es ist zu bamstig, damit es nicht der einfachste Wähler versteht, wohin diese Reden eigentlich abgezielt haben.

Der Herr Finanzreferent hat uns in einer Rede, die einen ganz charakteristischen Zug gehabt hat, auseinandergesetzt, was er sich zu den finanziellen Problemen Niederösterreichs denkt. Man könnte diese Rede, wie wir sie gehört haben, als eine Anti-Bundesrede, als eine Anti-Kamitz-Rede, kurz als eine Rede gegen die Bundesländer charakterisieren. Große Teile dieser Rede sind damit ausgefüllt gewesen, um den Beweis zu führen, daß die wirtschaftliche Situation Niederösterreichs ungünstig liegt, was übrigens auch bei den anderen Bundesländern der Fall ist. Wir kennen diese Zahlen, diese Statistiken, diese Nachweise über das Aufkommen der österreichischen Steuern und über die Steuerkraft der einzelnen Bundesländer. Ich glaube aber, daß mit diesen Feststellungen, die schon so oft gemacht worden sind, letzten

Endes nichts anderes verbunden sein kann, als daß die gesamte Wirtschaftspolitik der Bundesregierung durch den Finanzreferenten Niederösterreichs einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Wir sind in vielen Belangen auch der Meinung, daß die Wirtschaftspolitik unserer Bundesregierung nicht immer die allerbeste ist, aber die Verallgemeinerung in der Frage, daß man die Benachteiligung Niederösterreichs nur darin zu suchen hat, daß eben die anderen Bundesländer mehr bekommen und dieses „Mehr“, das sie bekommen, eventuell zu Unrecht bekommen, ist unrichtig. Ich glaube, so einfach kann man eine Finanzpolitik denn doch nicht sehen. Es ist Tatsache, daß eben die Wirtschaftskraft dieses kleinen Österreich, wenn man sie auf die einzelnen Bundesländer überblickt, sehr verschieden ist. Diese Verschiedenheit in der Wirtschaftskraft wirkt sich selbstverständlich in dem Steueraufkommen aus. Es ist daher richtig — was beide Redner, allerdings nur so beiläufig, angedeutet haben —, daß es für uns zwingend ist, folgendes zu tun: Alles daranzusetzen, daß die Wirtschaftskraft Niederösterreichs gehoben wird und dafür zu sorgen, daß man nicht in langen Reden diese uns allen bekannten Tatsachen immer wieder ausführt, sondern daß man frei von jedem Hintergedanken dafür sorgt, daß die niederösterreichische Wirtschaft befruchtet wird. Wir haben auf diesem Gebiet seit dem Abzug der Russen aus Österreich bestimmt manche Enttäuschung erlebt. Die erhöhte stürmische Ankurbelung der niederösterreichischen Wirtschaft ist ausgeblieben. Wenn man leider in den Reden des Herrn Finanzreferenten — und das zieht sich wie ein roter Faden hindurch — immer wieder hört, wie hoch die Steueraufkommen der Gemeinde Wien sind, so muß man das besonders vermerken. Ich glaube, Österreich ist klein genug und verträgt daher ganz einfach nicht, daß wir es noch mehr in Kleinregionen aufsplittern und zum Kantönlisystem übergehen. Seien wir stolz darauf, daß es der Bundeshauptstadt gelungen ist, ihren wirtschaftlichen Aufschwung zu nehmen, weil letzten Endes auch wir Niederösterreicher davon profitieren. Es stimmt nicht, wie ausgeführt wurde, daß uns die Situation Niederösterreichs nicht bewußt ist, denn gerade die Redner der Sozialistischen Partei haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die Trennung Wiens von Niederösterreich, also die Zerreißung eines historisch gewachsenen Wirtschaftsgebietes, das geographisch bedingt und das im Laufe der Jahrhunderte entstanden ist, ein schwerer Fehler gewesen ist. Wir bedauern es, daß Niederösterreich diese Trennung von Wien

eben damit bezahlen muß, daß es heute ein Land ist, das wirtschaftlich unendlich schwach ist und verglichen mit Wien nur einen Bruchteil von dessen Wirtschaftskraft darstellt. Aber glauben Sie nicht, daß diese Tatsache, die wir alle kennen, uns Sozialisten nicht bewußt ist. Wir sind Realpolitiker genug, um zu wissen, daß ein Reden über dieses Problem keinen Erfolg bringen wird. Wir sind heute eben in einer Situation, wo man sich mit diesen Gegebenheiten abfinden muß. Ein Klagen in Budgetreden wird an diesem Zustand nichts ändern. Selbstverständlich begreife ich es, daß die einzelnen Länder an dem, was sie haben, festhalten, und sie wären schlechte Vertreter ihres Landes, wenn sie dieses nicht tun würden. Jetzt wird über eine Frage verhandelt, die in der Finanzpolitik unseres Landes und ganz Österreichs eine entscheidende Rolle spielt. Es wird nämlich darüber verhandelt, wie in Zukunft die Erträge der gemeinschaftlichen Bundessteuern aufgeteilt werden sollen. Diese Verhandlungen um den neuen Finanzausgleich — so wird heute gesagt — sind bis jetzt nicht abgeschlossen. Wir dürfen allerdings feststellen — das ist kein Geheimnis —, daß beispielsweise der Österreichische Gemeindebund in einer Publikation, die auch der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wurde, darauf hingewiesen hat, daß diese Verhandlungen so gut wie abgeschlossen sind und daß es nur noch, wie es in dieser Publikation heißt, in einigen Neben- und Eventualfragen noch Verhandlungen gibt. Gewiß wird dieser neue Finanzausgleich die notwendigen Bedürfnisse nicht befriedigen. Weder das Land, das, wie wir schon gehört haben, ungefähr 10 Millionen Schilling an Mehreinnahmen aus diesem Finanzausgleich zu erwarten hat, noch weniger die niederösterreichischen Gemeinden, denen man ungefähr den doppelten Betrag in Aussicht gestellt hat, werden die Bedürfnisse, die sie haben, mit diesen Mehreinnahmen befriedigen und decken können. Wir wissen ganz gut und sehen es auch, daß dieser neue Finanzausgleich überhaupt einen Sprung ins Dunkle darstellt, denn alle diese Zahlen, die da errechnet worden sind, sind bei weitem nicht erhärtet durch Erfahrungen, und wir wissen, daß die Globalsummen, welche auf der einen Seite den Ländern, auf der anderen Seite den Gemeinden zufließen sollen, in ihrer letzten Auswirkung absolut noch nicht feststehen. Eines nur steht heute schon fest, nämlich, daß die Industriegemeinden durch den Verzicht auf 40 Prozent der Gewerbesteuer eine Einnahme aufgeben, von der sie bisher wußten, wie hoch sie ist. Es ist hier schon dargestellt worden, daß dieses

ständige Hinlenken der öffentlichen Meinung auf die hohen Ertragnisse der Gewerbesteuer einer ernsten Kritik nicht standhält, weil die anderen Steuern, die im verbundenen Steuersystem eingeschlossen sind, bereits stärkere Steigerungen aufzuweisen haben, als dies bei der Gewerbesteuer der Fall ist. Es wird gut sein, wenn es zur Teilung der Gewerbesteuer kommt, weil dadurch endlich einmal jede Agitationsrede nicht mehr auf das Argument aufgebaut werden kann, einerseits wie hoch die Gewerbesteuer ist, die die Handel- und Gewerbetreibenden zu bezahlen haben, und andererseits wie glänzend die Gemeinden leben, weil ihnen mühelos die Gelder zufließen, die die Gewerbesteuer erbringt. Wenn der Bund an der Gewerbesteuer auch beteiligt sein wird, dann wird man sofort sehen, daß diese ständigen Hinweise auf die Gewerbesteuer und auf ihre produktionshemmende Eigenschaft langsam abgleiten werden.

Der Finanzausgleich, wie er heute in seinen großen Umrissen feststeht, und von dem der Herr Finanzreferent sagte, ein Vertreter Niederösterreichs wird diesem Vorschlag nie die Zustimmung geben können, wird natürlich den Bedürfnissen Niederösterreichs nicht entsprechen, er wird natürlich auch nicht die Verbesserungen der Wirtschaftslage Niederösterreichs, die wir durch ihn erwarten, bringen. Er ist ein Wechsel auf die fernere Zukunft. Von den 312 Millionen Schilling, die der neue Finanzausgleich den Bundesländern und den Gemeinden verheißt, sollen ja im ersten Halbjahr nur 152 Millionen Schilling realisiert werden. Erst im Verlauf der nächsten vier Jahre, also bis einschließlich 1963, sollen dann Steigerungen von 30, 50, 50 und 30 Millionen Schilling dazukommen und wieder im Verhältnis 5:5:2 auf Gemeinden, Länder und die Stadt Wien als Gemeinde und Land Wien aufgeteilt werden. Wer gibt uns aber die Bürgschaft, daß die wirtschaftliche Situation im Laufe der fünf Jahre jene Möglichkeiten in sich birgt, daß der Herr Bundesfinanzminister, gleichgültig, wer er ist — auch wieder so ausgedrückt, wie ich schon gehört habe —, in der Lage sein wird, diese neuen Verpflichtungen zu erfüllen? Wissen wir doch, daß auf vielen Gebieten leider der Bedarf viel stürmischer wächst, als er durch die laufenden Einnahmen gedeckt werden kann. Wir haben diese Situation in jeder Gemeinde. Jede Gemeinde hat in den letzten Jahren keine steigenden Einnahmen gehabt. Sie weiß aber, daß sie auf allen Gebieten von der Bevölkerung bedrängt wird, die verschiedensten Aufgaben zu erfüllen. Und so wie den Gemeinden geht es auch den Ländern. Auch das Land Niederösterreich hat in die-

sem Budget nur die Möglichkeit, das Allernotwendigste zu erfüllen. Ich halte es nicht für glücklich, daß man die Budgetrede in Jubiläumsworten darstellt, wie es der Herr Finanzreferent getan hat. Ich bin nämlich der Meinung, daß eine Addition der Ergebnisse von zehn Jahren absolut ein falsches Bild ergibt, denn ich kann sehr schwer den Neubau einer Bezirkshauptmannschaft, selbst wenn die Fassade mit Waldviertler Granit wunderbar verziert ist, als eine Wertpost in dem Sinne bezeichnen, daß ich sage, daraus ergibt sich eine Steigerung, eine Belebung und eine Befruchtung der Wirtschaft, daraus ergibt sich ein Arbeitsplatz, der neu geschaffen werden konnte, auch wenn er nur vorübergehend gewesen ist. Das kann man doch nicht sagen! Diese Dinge liegen im allgemeinen Aufstieg begründet. Ich kann daher nicht sagen, in zehn Jahren haben wir um 1,8 Milliarden Schilling Werte geschaffen. Es wäre verhängnisvoll, wenn das jede Dorfgemeinde machen wollte. Das würde zum Beispiel in kleinen Gemeinden zu prachtvollen Ergebnissen führen, und jede andere mittlere Stadt könnte aufzeigen, daß sie in zehn Jahren das und das geleistet hat, das in der Addition Dutzende Millionen ausmacht. Ich meine, so geht das nicht. Natürlich werden im Laufe von zehn Jahren verschiedene Leistungen erbracht. Der Hohe niederösterreichische Landtag beschließt sein Budget, er beschließt während des Jahres wieder einmal Nachtragskredite, und natürlich muß aus diesen Krediten, aus diesem Kapital ein positives Ergebnis herauskommen. Aber diese positiven Ergebnisse liegen ja im Fluß der Zeit und können nicht als Kapitalanlage oder gar als arbeitendes Kapital bezeichnet werden. Ich bin also der Meinung, daß wir uns auf diesem Gebiet mit den Dingen doch so befassen sollen, wie sie praktisch sind.

Es ist auch bedauerlich, daß man — es ist nicht deutlich ausgesprochen worden — immer wieder auf Wien verweist, was Wien an Vorteilen hat, daß Wien, verglichen mit der Größe und der Einwohnerzahl Niederösterreichs, mehr bekommt. Vergessen wir nicht, daß dieses Wien auch etwas anderes in sich birgt. Wien ist ein ausgesprochenes Konsumzentrum, ist das Absatzgebiet für die Erzeugnisse unserer Bauernschaft, und wir in Niederösterreich müssen glücklich sein, daß wir das Fleisch und die Milch und die Ergebnisse der Anbauflächen unserer Rübenbauern mit einem Löwenanteil verwertet sehen, weil doch Wien der Hauptabnehmer ist. Sind wir also glücklich, daß die niederösterreichische Bauernschaft dieses Konsumzentrum Wien vor sich hat und daß dieses

Konsumzentrum auch uns Niederösterreichern zugute kommt, auch dann — was wir leider feststellen müssen —, wenn wir heute zwei getrennte Bundesländer sind. Wir könnten auch den Spieß umdrehen und sagen: Wenn Wien als so übermächtige Finanzpotenz hingestellt wird, so ist dies das Ergebnis dessen, daß diese Stadt zwölf Jahre von den Sozialisten regiert worden ist. Ich halte das genau für so falsch, als wenn gesagt wird: Zehn Jahre Finanzreferent Müllner und wir haben nun Werte von einer und soviel zehntel Milliarden Schilling für uns geschaffen. So können wir die Wirtschaftspolitik in diesem Lande nicht sehen. Wir geben zu, daß Niederösterreich unter sehr ungünstigen Verhältnissen zu leiden hatte, vor allem durch die russische Besetzung, aber vielleicht noch mehr durch die Propaganda, die während dieser Zeit gemacht worden ist. Daß der Eiserne Vorhang an der Ennsbrücke aufgezogen wurde, hat natürlich viele Menschen davon abwendig gemacht, in Niederösterreich Kapital zu investieren. Dieser Rückstand kann schon rein volumenmäßig nicht von heute auf morgen aufgeholt werden. Wir müssen aber feststellen, daß auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung für Niederösterreich seitens des Bundes wirklich viel zu wenig geschehen ist und daß Niederösterreich, genau so wie zur Zeit der Besetzung, wieder nur auf seine eigene Kraft angewiesen ist. Dieses Niederösterreich wird auch in Zukunft den Rückstand, den es auf allen Gebieten hat, nicht überwinden können, wenn wir nicht eine wirksame Bundeshilfe bekommen. Diese Tatsache steht unbestritten fest.

Ich will jetzt nicht sagen, die Vertreter Niederösterreichs sind schlechte Verhandler, sie können den übrigen acht Bundesländern und dem Bundesfinanzminister nicht die notwendigen Bedürfnisse Niederösterreichs begreiflich machen. Ich möchte diese Argumentation nicht gebrauchen, aber es ist interessant, daß es uns nicht gelingt, von dem, was ursprünglich im ersten Finanzausgleich festgelegt worden ist, auch nur Krümchen abzubrockeln und eine wirkliche Wendung auf diesem Gebiet herbeizuführen. Es bleibt dabei, daß die damals vereinbarten Anteile Niederösterreichs im wesentlichen nicht geändert werden. Es bleibt leider auch dabei, daß wir dadurch, daß wir eben wirtschaftlich langsamer vorwärtskommen, nicht in der Lage sind, die ungeheuren Erfordernisse, die heute an die öffentliche Verwaltung eines Landes gestellt werden, zu erfüllen. Es dürfen auch nicht Fehlschlüsse gezogen werden. Ich halte es wirtschaftlich für unmöglich, daß

ich sage, eine Autobahn, beispielsweise von Krems nach St. Pölten und weiter nach Wiener Neustadt, würde uns besondere Vorteile bringen, oder die Autobahn, wenn sie Wien umfährt, wird es begünstigen, daß wir von Gmünd über Absdorf rascher nach Wiener Neustadt kommen usw. Da wird folgende kleine interessante Tatsache erzählt. Vor wenigen Tagen ist ein Stück der Autobahn zwischen St. Christofen und Pöchlarn in Betrieb genommen worden. Jeder Niederösterreicher kennt das bekannte Rasthaus bei Melk, und schon erzählt man, daß es dieses Stückchen Autobahn zuwege brachte, dieses Unternehmen, das als blühendes Unternehmen gilt — es beinhaltet ungefähr 40 Arbeitsplätze —, dadurch in größte Schwierigkeiten zu bringen, daß bis zu zwei Drittel Autofahrer weniger als früher einkehren. (*Abgeordneter Stangler: Ich habe auch mit dem Besitzer gesprochen. Gar so große Schwierigkeiten hat er nicht!*) Ich gebe zu, Kollege Stangler, daß manches übertrieben wird, aber wir haben schon auch genaue Berichte. Herr Kollege Stangler, Sie brauchen darüber nicht zu spötteln. Ich möchte mit diesem Beispiel nur sagen, daß man durch diese Autostraßen die Städte nicht unbedingt zusammenführt. Es ist vielmehr zu befürchten, daß die Reisenden, die weiter weg fahren, vor den niederösterreichischen Städten vorbeifahren und daß zum Beispiel Linz sehr profitieren wird, weil halt die Linzer viel mehr in Wien und die Wiener viel mehr in Linz als in Stockerau — um nicht eine andere Stadt zu beleidigen — zu tun haben werden. Dies sind Tatsachen, über die wir nicht hinwegkommen. Wir hoffen nur eines, daß es uns durch diese Autostraßen, die wir schon gerne fertig haben wollten, gelingt, fremde Reisende nach Niederösterreich zu bringen. Aber seien Sie doch nicht der Meinung, daß ein Reisender vielleicht wegen Stockerau nach Niederösterreich kommt! Er kommt nach Wien und will Wien sehen, denn die Großstadt Wien ist ja neben dem großen Wirtschaftszentrum, neben dem großen Konsumzentrum auch das Zentrum echt österreichischer traditioneller Kultur, ist heute im modernen Sport eine Metropole. Und über die Tatsache, daß die Fremden, die vom Ausland kommen, nicht vor Wien oder in einer der Umfahrungsstraßen vor Wien haltmachen, müssen wir uns als ernste Vertreter des niederösterreichischen Volkes klar sein, auch darüber, daß wir eine Abriegelung Wiens nicht herbeiführen können. Was wir brauchen, ist eine Verständigung mit Wien. Wir müssen in einem großen Konzept eine Lösung suchen, damit die Vorteile, die Wien bietet, uns ebenfalls zum Nutzen werden.

Übersehen Sie nicht, daß wir viel mehr davon haben würden, wenn wir in die Wiener Bannmeile, sagen wir, einen Nahverkehr legen würden. Wir begrüßen es mit großer Freude, daß an der Elektrifizierung der Wiener Schnellbahn bis Stockerau an beiden Enden fleißig gearbeitet wird. Übersehen wir ja nicht, daß mehr als 40.000 Niederösterreicher tagtäglich nach Wien fahren, und wir sind überzeugt davon, daß sehr viele Wiener, die heute in Wien ihren Arbeitsposten haben, sich sehr gerne im nahen Gebiet um Wien, also in Niederösterreich, ansiedeln werden, damit unsere Einwohnerzahl heben und unsere Steuerkraft steigern werden, was der gesamten niederösterreichischen Wirtschaft zugute kommen wird. Ich meine also, daß es zweckmäßig wäre, nicht einen gewissen Neid gegenüber den Steueraufkommen in den verschiedenen Bundesländern zu haben, sondern daß man eher trachten muß, daß in dem ohnedies nicht großen Gesamtösterreich ein wirtschaftlicher Ausgleich herbeigeführt wird, ein Ausgleich, der natürlich zuerst von der Bundesregierung angebahnt werden muß. Ich verstehe den Herrn Finanzreferenten schon, daß er in seiner Rede auf die Regierung, auf den Herrn Finanzminister — ja sogar der Herr Unterrichtsminister hat eins abbekommen — und auf alle Zentralstellen des Bundes schlecht zu sprechen ist. Aber im Streit ist noch selten eine ernste Frage gut gelöst worden. Wir müssen uns an den Verhandlungstisch setzen, mit guten Argumenten die berechtigten Forderungen Niederösterreichs vertreten, vielleicht ist es dann doch möglich, in diesem kleinen Österreich einen Ausgleich der verschiedenen Landesinteressen herbeizuführen.

Die Fragen, die im Rahmen eines Budgets eine Rolle spielen, können und sollen natürlich auch besprochen werden. Denn es ist richtig, das Spiegelbild unseres Budgets ist immer gegeben durch die Gesamtsituation in der niederösterreichischen Wirtschaft. Und diese niederösterreichische Wirtschaft bedarf dringend der Befruchtung. Wenn wir das Budget überblicken und uns fragen, ob es wirklich in der Lage ist, all das, was gebraucht wird, zu erfüllen, dann kommt man allerdings zu der Erkenntnis, daß das leider nicht der Fall ist. Es haben sich die beiden Redner mit dem Budget ja sehr wenig befaßt. Ich habe es sogar aufgeschrieben, wie viele Minuten jeder der einzelnen Herren über das Budget gesprochen hat. Sonst haben sie immer über andere Sachen geredet! Aber diese Tatsache zeigt nur, wie wenig wir uns mit der Realität befassen. (*Ruf bei der ÖVP: Wie ist es bei dir, Wondrak?*) Ich spreche zum

Voranschlag! (*Abg. Fehring: Zum Wiener oder zum niederösterreichischen?*) Zu beiden, weil ich der Überzeugung bin, daß das notwendig ist. Wir sitzen sogar in Wien! (*Abgeordneter Hilgarth: Exterritorial! — Abgeordneter Stangler: Auf das legen wir Wert!*)

Wenn wir nun unseren Voranschlag selbst anschauen, so möchte ich folgendes sagen: Das Budgetvolumen ist nicht überwältigend. Wir haben knapp 1,2 Milliarden Schilling Einnahmen. Von den Ausgaben des Budgets bleiben — wieder alles nur in runden Summen gesagt — ungefähr 220 Millionen Schilling ungedeckt. Dabei darf nicht übersehen werden, daß diese 220 Millionen Schilling, auf alle drei Budgetgruppen aufgeteilt, ja nur Notwendigkeiten darstellen, die unter allen Umständen erfüllt werden sollen. Es ist uns wohl im Finanzausschuß versichert worden, daß dieses Budget auch in seiner dritten Stufe, im Eventualbudget, bestimmt voll erfüllt wird. Ich glaube nicht, daß es möglich sein wird, einen Teil des Abganges durch erhöhte Einnahmen decken zu können. Es ist doch so — und das trifft zu —, daß eine leise Stagnation in der gesamten Weltwirtschaft vorhanden ist, und wir wissen nur zu gut, daß ein stürmisches Umschlagen auf ein besseres wirtschaftliches Klima nicht zu erwarten ist. Der Herr Finanzreferent hat daher recht, wenn er sagt, er erwarte nicht, daß sich eine Änderung der heutigen Situation zugunsten Niederösterreichs ergibt. Dieser Auffassung wird auch dadurch Rechnung getragen, daß man die Einnahmen Niederösterreichs aus den Ertragsanteilen für das nächste Jahr um 15,5 Millionen Schilling niedriger einschätzt. Wenn ich also selbst davon überzeugt bin, daß ich die Steuereingänge von 1958 im Jahr 1959 nicht erreichen kann, darf ich also nur ganz vage hoffen, daß Mehreinnahmen zu erzielen sind, mit denen der Abgang im ordentlichen Budget mit mehr als 80 Millionen Schilling und im außerordentlichen Budget mit knapp 35 Millionen Schilling gedeckt werden könnte. Vom Abgang im Eventualbudget will ich gar nicht reden. Die Finanzverwaltung Niederösterreichs wird sich also damit abfinden müssen, daß diese Beträge im Kreditwege beschafft werden. Ich glaube nicht, daß es möglich sein wird, durch so einen lapidaren Satz, wie ihn der Herr Berichterstatter vorgelesen hat, nämlich durch Einsparungen, diese Abgänge wesentlich zu drücken, weil ich der Überzeugung bin, daß dieser Voranschlag gerade nur das enthält, was unbedingt geschehen muß. Und wenn man nur noch wenig bieten kann, kann man nicht erwarten, daß durch Einsparungen so nennenswerte Summen her-

auskommen, daß ein Ausgleich im Budget möglich sein könnte. Wir müssen also diese 220 Millionen Schilling — gewiß, es sind 72 Millionen Schilling dabei, die die Abwicklung der Vorjahre betreffen, wahrscheinlich im Kreditwege decken, also neue Schulden machen. Ich habe keine so große Angst vor Krediten, wie es manche tun, und ich weiß, daß es bei Investitionen eben Situationen gibt, wo es ganz einfach nicht anders geht, als mit Leihkapital diese Investitionen durchzuführen. Aber immerhin darf nicht übersehen werden — das ist schon gesagt worden —, daß wir schon 526 Millionen Schilling Landesschulden haben, und der Schuldendienst, die Zinsen und die Tilgung, immerhin im jetzigen Voranschlag die schon sehr nennenswerte Summe von 77 Millionen Schilling ausmachen. Eine Steigerung dieses Betrages ist natürlich für die Finanzverwaltung sehr unangenehm, dies um so mehr, als die Posten, die in unseren drei Teilvoranschlägen enthalten sind, keine himmelstürmenden Ansätze darstellen, bei denen man rechtfertigen könnte, daß sie durch Darlehen gedeckt werden. Es trifft also zu, wie dies auch im Finanzausschuß ausgesprochen wurde, daß die Budgetlage des Landes Niederösterreich nicht günstig ist. Man kann dieser Auffassung ohne weiteres beitreten. Dabei ist besonders die Problematik des Eventualbudgets zu besprechen. Wenn man in dieses Eventualbudget Aufgaben hineinnimmt, von denen man überzeugt ist, daß sie ohnehin erfüllt werden müssen, und daneben auch die Absicht hat, sie unter allen Umständen zu erfüllen, so glaube ich, hätte man sich die Aufstellung eines Eventualbudgets ersparen können. Das macht ja das Budget noch unübersichtlicher. Es genügt auch nicht die Begründung, daß im ordentlichen Voranschlag alles enthalten ist, was das Land auf Grund von Gesetzen und Verträgen machen muß. Im außerordentlichen Voranschlag scheinen die Vorhaben auf, von denen man hofft, daß sie verwirklicht werden und im Eventualbudget sind die Ausgaben enthalten, bei denen wir nicht wissen, wie wir sie bedecken sollen. Hier könnte man mit einem allgemeinen Satz sagen: Die Summe des Eventualbudgets wird durch Kreditoperationen, durch Darlehen aufgebracht. Ich glaube, solange wir so bescheiden budgetieren müssen, könnten wir mit einem ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag vorliebnehmen. Dabei haben wir im Finanzausschuß gehört, daß erst im letzten Moment ein Eventualbudget aufgestellt wurde.

Die wirtschaftliche Situation Niederösterreichs wird — wie ich schon gesagt habe —

dadurch gekennzeichnet, daß wir aus der verbundenen Steuerwirtschaft, also aus den Ertragsanteilen, im kommenden Jahr nur 621 Millionen Schilling statt 637 Millionen Schilling erwarten. Es ist heute nicht mehr notwendig, über die Art der Steuerwirtschaft in Österreich ernstliche Meinungsverschiedenheiten aufkommen zu lassen. Wir wissen, daß wir schon aus Gründen der Vereinheitlichung und aus der Notwendigkeit, die Verwaltung bei der Aufbringung dieses Steueraufkommens zu verbilligen, die verbundene Steuerwirtschaft aufrechterhalten müssen.

Über die Aufteilung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben habe ich schon gesprochen. Hier gehen unsere Wünsche allerdings nach einer anderen Richtung, als sie im Bund obwalten. Neben dem Anteil an den gemeinschaftlichen Steuern erwarten wir noch eine Einnahme von rund 66 Millionen Schilling, die die Landesumlage einbringen soll. Diese 66 Millionen Schilling werden von den Einnahmen der niederösterreichischen Gemeinden abgezweigt, trotzdem diese sie sehr dringend brauchen. Die Gemeinden müssen also dazu beisteuern, damit das Land die eigenen Bedürfnisse decken kann. Es wird an der Zeit sein, darüber nachzudenken, wie man den Gemeinden ihre Steueranteile, die ihnen zugedacht sind, ungeschmälert läßt und dem Lande Niederösterreich, so auch den anderen Ländern, die Einhebung einer Landesumlage in anderer Form zugesteht. Keine Gemeinde in Niederösterreich, ob groß oder klein, ist in der Lage, die von ihrer Bevölkerung gestellten Ansprüche zu befriedigen. Die Gemeinden müssen daher wohl darüber nachdenken, was zu tun ist, damit auch ihre Einnahmen in absehbarer Zeit gesteigert werden. Der neue Finanzausgleich — ich erwähne es nochmals — gibt uns bei weitem noch nicht die Gewähr, daß hier eine Erleichterung eintreten wird.

Wenn wir nun einen Blick in den Landesvoranschlag werfen und die Probleme sehen, die hier in Erscheinung treten, möchte ich dazu folgendes sagen: Wir haben, wie schon erwähnt, teils gleichbleibende Einnahmen, teils Einnahmensteigerungen, wie sie seitens des Herrn Finanzreferenten im einzelnen ausgeführt wurden. Ich will das alles nicht wiederholen, es sind oft nur noch sechsstellige, selten siebenstellige Zahlen, so daß diese Beträge, wenn man weiß, was heute jede Kleinigkeit kostet, nicht nennenswert sind. Der Bedarf für die Aufgaben aber, die das Land erfüllen soll, und die, mit Recht oder vielleicht auch mit Unrecht, verlangt werden, würde ganz wesentliche Mehreinnahmen voraussetzen. Diese Voraussetzungen sind

aber eben nicht gegeben. Schauen wir uns einige Fragen an, die in Niederösterreich neben der Tatsache, daß die niederösterreichische Wirtschaft im gesamten angekurbelt werden muß, von besonderer Wichtigkeit sind. Ich glaube da nicht an große Thesen, sondern nur an einfache, praktische Handlungen. Man könnte zum Beispiel da und dort Industrie- und Handelsunternehmungen, die sich vergrößern oder in Niederösterreich neu ansiedeln wollen, unterstützen und fördern und ihnen billiges Geld, nicht zu 8, 9 oder 12 Prozent Zinsen, wie das heute üblich ist, zur Verfügung stellen. Dies geschieht aber nicht, man hortet vielmehr verschiedene Devisen und hartes Geld, statt daß man es in die Wirtschaft hineinpumpt. Darüber hinaus haben wir in Niederösterreich noch einige große Fragen, die wir kaum lösen können. Gehen Sie durch die niederösterreichischen Gemeinden, sprechen Sie mit den Verantwortlichen, und Sie werden immer wieder hören, daß die Frage der Beschaffung des notwendigen Wohnraumes an der Spitze aller Sorgen steht. Wir unterstreichen es ohne weiteres, daß durch die Landeswohnbauförderung Niederösterreichs den einzelnen Siedlern, die sich ein Eigenheim bauen, durch die Gewährung von Beiträgen im Ausmaß von 10.000 bis 15.000 S, heute sind es 30.000 S, wirksame Hilfe zuteil wird. In Verbindung mit dem zur Verfügung stehenden, wenn auch geringen Eigenkapital und vor allem durch den Arbeitseinsatz der Familienmitglieder, ja sogar oft der ganzen Verwandtschaft, gelingt es, daß viele Kleinsiedlungen, also Eigenheime, entstehen. Ab 1954 kam die sogenannte Wohnbauförderung 1954 des Bundes dazu, die vom Lande durchgeführt wird und gewiß schöne und bemerkenswerte Erfolge gebracht hat, weil die Verteilung der Mittel nicht einseitig erfolgte und die Beseitigung des Barackenelends im Vordergrund stand, was eine Pionierleistung darstellt. Aber alle bisher zur Verfügung gestellten Mittel reichen bei weitem nicht aus, um die Wohnungsnot so einzudämmen, daß von einer Notlage nicht mehr gesprochen werden kann. Fragen Sie doch die Bürgermeister — gleichgültig, welcher Partei sie angehören — jener Gemeinden, in deren Gebiet entweder durch die Gemeinde selbst oder durch Baugenossenschaften oder von privater Seite schon viel gebaut wurde, und Sie werden bestimmt überall die gleichlautende Antwort bekommen, nämlich daß man bei Betrachtung des Wohnungsbedarfes trotz der großen Bautätigkeit den Eindruck erhält, als ob überhaupt noch nichts gebaut worden wäre. Das zeigt deutlich, daß der Wohnungsbau mit dem tat-

sächlichen Bedarf nicht Schritt halten kann. Ein Blick auf die uns in Niederösterreich zur Verfügung stehenden Zahlen beweist das. Meine Zahlen zeigen den Stand im Monat Juni, der sich aber seither nicht wesentlich geändert haben wird. Damals wurde vom zuständigen Landesamt berichtet, daß 14.600 Ansuchen um Mittel aus der Landeswohnbauförderung laufen. Im kommenden Jahr stehen dafür einschließlich des im Eventualbudget aufscheinenden Betrages 29 Millionen Schilling zur Verfügung. Wenn pro Wohnungseinheit durchschnittlich 30.000 Schilling gewährt werden, dann können mit den veranschlagten 29 Millionen Schilling endlich die Hoffnungen von etwa 1000 Bewerbern erfüllt werden. Diese 1000 Erledigungen sind rund ein Viertel der vorliegenden 14.600 Ansuchen. Sie sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie wenig das ist. Wenn dann die Bewerber in unseren Zeitungen nach jeder Zuweisungssitzung das Ergebnis lesen, daß in den einzelnen Bezirken zwei, vier oder sechs Fälle erledigt wurden, wo doch jeder weiß, daß vielleicht 200, 300 oder noch mehr Ansuchen in seinem Bezirk laufen, dann können Sie sich vorstellen, wie viele Enttäuschungen es jedesmal gibt. Ich möchte aus dieser Feststellung keinen Vorwurf machen, sondern nur das Unvermögen der heutigen Gesellschaft aufzeigen, die nicht imstande ist, den berechtigten Wohnungsbedarf der arbeitenden Menschen auch nur annähernd zu befriedigen.

Bei der Wohnbauförderung 1954 waren ebenfalls in der Jahresmitte 4322 offene Ansuchen registriert. Die ständig steigenden Baukosten werden uns zwingen, von den bisher gepflogenen Zuweisungsbeträgen abzugehen und die Höchstbeträge von 80.000 bis 90.000 S zu gewähren. Wenn wir, meine sehr geehrten Mitglieder des Landtages, nur 80.000 S pro Wohnungseinheit annehmen, so brauchen wir, um auch 1000 Ansuchen abzubuchen zu können — was hier allerdings ein Viertel der laufenden Ansuchen wäre — 80 Millionen Schilling. Diese finden im heurigen Voranschlag mit 78 Millionen Schilling nahezu volle Deckung. Für jene Menschen, die sich mit Hilfe der Bundeswohnbauförderung 1954 ein Heim erwarten, bedeutet dies, daß sie nach vierjähriger Wartezeit mit der Erledigung ihres Ansuchens rechnen können. Das ist, verglichen mit der Landeswohnbauförderung, wohl ein Lichtblick, trotz allem jedoch unzureichend, denn für Leute, die in einem Kabinett zusammengepfercht wohnen müssen und in gesundheitlicher, familiärer und sittlicher Hinsicht so vielen Gefahren ausgesetzt sind, bedeuten vier Jahre Warte-

zeit eine endlos lange Zeit, die nur sehr schwer zu überdauern ist. Wir müssen gestehen, daß wir es hier mit einem ungelösten Problem zu tun haben. Wir werden immer wieder darauf hingewiesen, daß sich die Menschen von der gesetzgebenden Körperschaft viel mehr erwarten, als diese tatsächlich bieten kann. Wie Sie wissen, ist es üblich, daß jeder, der eine Wohnung braucht, zur Gemeinde oder zu sonst einer öffentlichen Stelle kommt. Diese Einstellung, so berechtigt sie sein mag, birgt sehr viele Gefahren in sich, weil alle Wünsche einfach nicht erfüllt werden können.

In unserem Voranschlag haben wir noch einen zweiten Sektor, der in den drei Teilen des Voranschlages nur sehr wenig berücksichtigt wird, nämlich die Wasserwirtschaft. Wir haben schon im Ausschuß gehört, daß auch im Budget 1959 nur ein verhältnismäßig kleiner Betrag präliminiert ist. Was bedeuten die veranschlagten 13 Millionen Schilling gegenüber dem auf diesem Gebiet bestehenden Bedarf. Das Bauvolumen auf diesem Sektor beträgt ungefähr 30 Millionen Schilling. Das zuständige Referat, das sich soviel Mühe gibt und gerne ein Vielfaches leisten möchte, wird sich im kommenden Jahr mit diesem kleinen Betrag abfinden müssen.

Noch viel schlechter als bei den Wasserbauten sieht es bei der Wasserzubringung, nämlich den Wasserleitungen aus. Es ist heute so, daß gutes Trinkwasser zu den Kostbarkeiten gehört. Die Zubringung von Trinkwasser ist für die einzelnen Gemeinden eine Lebensnotwendigkeit. Nichts ist daher verständlicher, als daß sich die Gemeinden beziehungsweise Gemeindeverbände immer mehr dazu durchringen, entweder Wasserleitungen neu zu errichten, oder, wie das in den größeren Städten, wie zum Beispiel in Sankt Pölten, der Fall ist, durch großzügige Neuerschließungen Wasser heranzubringen. Wie uns in der Sitzung des Finanzausschusses mitgeteilt wurde, liegen beim zuständigen Referat nicht weniger als 400 solcher Ansuchen vor, von denen 255 als vordringlich bezeichnet werden, wobei für letztere die erforderlichen technischen Pläne vollkommen fertiggestellt sind, so daß mit dem Bau dieser Wasserleitungen jeden Tag begonnen werden könnte, wenn hierzu die Mittel vorhanden wären. Die Baukosten für diese vordringlichen Projekte betragen 162 Millionen Schilling. Es ist uns bekannt, daß sich unter den übrigen eingereichten Ansuchen noch viele große Projekte befinden, so daß sich dieser Betrag vervielfachen würde, wenn alle Ansuchen mit ihren vollen Kostenvoranschlägen in die Kalkulation einbezogen würden.

Genau so schlimm schaut es mit den Kanalisationen aus. Wenn man Wasser zuleitet, so muß Schmutzwasser abgeleitet werden. Das weiß jeder Bürgermeister im kleinsten Dorf. Die Ableitung des Schmutzwassers bringt die Gemeinden wiederholt in größte Schwierigkeiten. Für die Kanalbauten in Niederösterreich besteht ebenfalls eine Fülle von Wünschen. Es wird uns berichtet, daß es 155 fertige Projekte gibt, die einen Kostenaufwand von mehr als 113 Millionen Schilling erfordern würden. Addieren Sie die erforderlichen 162 Millionen Schilling für die Wasserleitungen zu den 113 Millionen Schilling für die Kanalbauten, so sind das 275 Millionen Schilling, die notwendig wären. Das Land sichert aber in seinen Voranschlägen Beiträge zu, die nur einen Bruchteil von dem ausmachen, was diese Gesamtkosten betragen. Dabei ist der Bund mit seinen Beiträgen für diese Wasserversorgungsanlagen immer knapper geworden, und es ist daher zu befürchten, daß auf diesem Gebiete nur sehr wenige Fortschritte erzielt werden können. Und doch wäre gerade dieser Sektor des gemeinwirtschaftlichen Gebietes von allergrößter Wichtigkeit, nicht nur vom Standpunkt der Gesundheit des niederösterreichischen Volkes, sondern auch vom Standpunkt des Fremdenverkehrs.

Wir haben aber noch so eine wunde Stelle im gesamten Wirtschaftsleben Niederösterreichs. Das ist der Straßenbau. Es wurde von den beiden Vorrednern auf diese Sache nicht eingegangen, nach meinem Dafürhalten deswegen nicht, weil wir nach den Beratungen im Finanzausschuß alle zu dem Eindruck gekommen sind, daß wir uns doch wirklich nicht helfen können. Die Mittel, die für den Straßenbau zur Verfügung stehen, vor allem für den Neubau von Straßen, das wissen wir alle, reichen doch bei weitem nicht aus, um irgendwie wirksam durchzugreifen zu können. Schauen Sie, die Technik zwingt den Menschen das Handeln auf. Das Auto und das Schwerfuhrwerk auf der Straße ruinieren die jetzigen Straßen in ganz kurzer Zeit völlig, und es muß dafür gesorgt werden, daß man hier Abhilfe schafft. Jeder Straßenbauer und jeder kleinste Mitarbeiter im öffentlichen Leben, jeder Gemeinderat einer Gemeinde weiß, daß es da nur ein Mittel gibt: feste Straßendecken! Und diese festen Straßendecken kosten aber enorm viel Geld. Wir haben in Niederösterreich mehr als 12.000 Kilometer Landesstraßen. Wenn wir nun hören, daß ein Kilometer im Schnitt 700.000 Schilling kostet und 1000 Kilometer schon 700 Millionen Schilling kosten — weiter will ich nicht rechnen, weil das dann für die

12.000 Kilometer schon astronomische Zahlen sind —, so können Sie daraus ermessen, welche Summe da notwendig wäre, um den Wünschen der Bevölkerung entsprechen zu können. Und dabei — ich sage es offen — ist die Geduld unserer Autobesitzer sehr klein. Ein jeder glaubt, weil er ein Auto hat, muß ihm das Land sofort eine Asphaltstraße zur Verfügung stellen. So geht es natürlich nicht, so gerne es die niederösterreichische Straßenverwaltung wahrscheinlich auch machen würde. Und so sinkt der Autofahrer, wenn er von seinem Haus herausfährt, bis zu dem Moment, wo er auf eine Asphaltstraße kommt — meistens sind es ja nur die Durchzugsstraßen und da vorwiegend wieder die Bundesstraßen — immer wieder in Straßenlöcher ein. Natürlich wird über den Landtag, das Straßenreferat und die Abgeordneten geschimpft, die angeblich nicht sehen, daß die Straßen so schlecht sind und die angeblich nichts veranlassen, daß etwas gemacht wird. Wir, alle 56 Mitglieder des Landtages, sehen es, aber wir wissen es auch, aber wir wissen genau so wenig wie die anderen, die uns kritisieren, wie man dieser Sache mit Erfolg beikommen kann. Da wurde im Finanzausschuß ein bemerkenswerter Vorschlag gemacht, der dahin geht, die Verkehrsteilnehmer zu Kostenbeiträgen heranzuziehen, um damit den Ausbau der Straßen zu beschleunigen. Wir sehen es wieder, daß dafür zu sorgen ist, daß größere Beträge bereitgestellt werden müssen, um diese Straßenmisere in Niederösterreich langsam abzubauen. Die alte Forderung an den Bund, er möge mehr Landesstraßen in seine Verwaltung übernehmen, müssen aber auch mit Nachdruck vertreten werden. Und wenn es auch nur wenige hunderte Kilometer sind, die der Bund in seine Obsorge übernimmt, bedeutet das doch schon wieder einen Fortschritt.

Das sind nur einige Gebiete, die, im großen Rahmen gesehen, den Landtag von Niederösterreich noch auf Jahre hinaus immer wieder beschäftigen werden.

Der vorliegende Voranschlag bringt keinen Stillstand, er bringt wohl auf allen Gebieten etwas, er bringt aber bei weitem nicht das, was gewünscht wird. Nichtsdestoweniger soll der gewisse Fortschritt, dieser Fluß in der Entwicklung aufrechterhalten werden, so daß niemand daran zu verzweifeln braucht, daß sich nicht eine langsame Verbesserung der Verhältnisse in Niederösterreich anbahnt. Wir sind überzeugt davon, daß wir es zuwege bringen werden, wenn wir uns in der Zusammenarbeit verstehen, wenn wir weiter in der objektivsten Form die dringendsten Notwendigkeiten wirklich zuerst anpacken und

wenn wir schließlich die Probleme nicht vom Standpunkt einer Wahlstrategie oder Wahltaktik aus betrachten, sondern bei ihrer Lösung die echten Bedürfnisse Niederösterreichs in den Vordergrund stellen. Dann wird es auch gelingen, die uns durch die Umwelt und durch den Fortschritt der Technik aufgezwungenen notwendigen Aufgaben erfüllen zu können.

Wenn wir Sozialisten für diesen Voranschlag stimmen, so tun wir es deshalb, weil wir wissen, daß er ein ehrliches Bemühen beinhaltet, auf verschiedensten Gebieten doch wieder das zu erreichen und durchzusetzen, was augenblicklich notwendig ist. Wir wissen, daß es ein Voranschlag ist, der nur die dringendsten Wünsche befriedigt. Wir sind aber davon überzeugt, daß wir dem Bedürfnis nach einem Mehr in Niederösterreich nur dann entsprechen werden, wenn wir uns bemühen, durch Zusammenarbeit alle Kräfte auszuschöpfen, die erforderlich sind, um diese für Niederösterreich so wichtigen Fragen schneller lösen zu können. Wir haben nur aufzuzeigen, was uns heute noch fehlt, und wir haben nach Wegen zu suchen, um die richtigen Lösungen anzubahnen. Diese richtigen Lösungen werden gefunden werden können, wenn wir uns ernstlich bemühen, die Dinge so anzuschauen, wie sie wirklich sind. Wir bitten daher, nicht zu übersehen, daß dieser Voranschlag für 1959 nur die Erfüllung der minimalsten Wünsche bedeutet und daß wir alles daranzusetzen haben und sich noch viele Hände regen müssen, damit wir die weitgespannten Wünsche und Forderungen, die das niederösterreichische Volk hat, zumindest in Zukunft erfüllen können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Hilgarth.

Abg. HILGARTH: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mein geschätzter Vordner, Herr Präsident Wondrak, hat unserem Finanzreferenten mehr oder weniger zwei Vorwürfe gemacht. Der eine Vorwurf geht hauptsächlich in der Richtung, daß der Herr Finanzreferent die Benachteiligung Niederösterreichs den anderen Bundesländern einschließlich der Stadt Wien gegenüber besonders hervorgehoben hat. Der zweite Vorwurf geht dahin, daß unser Finanzreferent das Schuldenblatt des Landes in einem sehr rosigen Licht dargestellt hat.

Ich glaube, alle Mitglieder des Hohen Hauses, die die Ausführungen des Herrn Finanzreferenten verfolgt haben, werden festgestellt haben, daß er nicht einmal, sondern des

öfteren die Feststellung gemacht hat, daß er nicht die Mehrleistungen an die anderen Länder bestreiten möchte, sondern daß er in erster Linie darauf verwiesen hat, daß Niederösterreich bei der Abgabenteilung verkürzt erscheint und daß unseren Finanzen geholfen werden müsse, ohne daß dafür die anderen Länder irgendwie etwas bezahlen sollten. Es steht ohne Zweifel fest — das ist eine Tatsache, die nicht aus der Welt geschafft werden kann —, daß die Zunahme der Steuerleistung gegen den Westen zu immer größer wird. Wir kennen auch alle die Ursachen dieser Erscheinung. Sie sind nicht zufällig, sondern sie sind im Laufe jener zehn Jahre, in welchen wir in Niederösterreich die Besatzungsmacht gehabt haben, immer größer geworden, weil einerseits Wirtschaftstreibende und Unternehmer ihre Betriebe aus gewissen Gründen nach dem Westen verlagerten, und weil andererseits aus denselben Gründen wenig Kapital nach Niederösterreich hereinströmte, um Neugründungen durchzuführen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß diese Entwicklung nicht nach eineinhalb Jahren gehemmt oder gar rückgängig gemacht werden kann und daß wir uns in Niederösterreich sehr anstrengen werden müssen, um die wirtschaftliche Basis des Landes seiner Größe und seiner Bewohnerschaft entsprechend wieder so zu sichern und zu erweitern, daß auch die Niederösterreicher aus der eigenen Wirtschaft jene Mittel erhalten, die das Land notwendig braucht, um seine Bedürfnisse erfüllen zu können.

Der andere Vorwurf betrifft die Frage der Schulden Niederösterreichs. Ich glaube wohl, daß hier der Herr Finanzreferent eine sehr strenge Unterscheidung gemacht hat. Er hat davon gesprochen, daß im Verlauf der vergangenen zehn Jahre 526 Millionen Schilling an Darlehen durch das Land aufgenommen wurden und daß diesen Darlehen gewisse Forderungen, aber auch Leistungen gegenüberstehen. Die Forderungen, die das Land zu stellen hat, betragen allein 607 Millionen Schilling, so daß bei einer Gegenüberstellung der Schulden und Forderungen das Land immer noch positiv abschneidet. Zusätzlich wollte er nur noch unterstreichen, daß die Beträge, die aufgenommen wurden, nicht verschwendet seien, sondern in wichtige Bauten des Landes hineinvestiert worden sind und eben jenen Betrag ausmachen, den er genannt hat. Es wurde dabei die Frage aufgeworfen, ob in den zehn Jahren der richtige Weg gegangen wurde, um die Bedürfnisse des Landes zu befriedigen, oder ob der Weg, den die Finanzverwaltung des Landes eingeschlagen hat, nicht der richtige war. Ich glaube,

daß diese Frage heute besonders aktuell ist, weil wir letztmalig in der Zusammensetzung des Landtages, wie er jetzt vor uns ist, den Voranschlag für das kommende Jahr beschließen und wir daher genau zu überlegen haben, ob wir mit diesem Voranschlag für das kommende Jahr hinter die finanzielle Entwicklung des Landes in der Vergangenheit einen Schlußpunkt oder den Zusatz setzen können, daß wir dem kommenden Landtag nicht ein besseres Erbe übergeben. Ich bin daher vollkommen einverstanden, daß wir die Beratungen über den vorliegenden Voranschlag genau und gewissenhaft durchführen, und es ist auch bereits in dieser Art im Finanzausschuß gesprochen worden. Ich glaube wohl, daß durch die verschiedensten Anträge, die zu den einzelnen Kapiteln des Eventualvoranschlages eingebracht wurden, die Notwendigkeiten und die Bedürfnisse des Landes unterstrichen erscheinen, und es ist auf diesem Wege auch gelungen, gerade in diesen Teil unseres Voranschlages eine bedeutende Erhöhung der Ausgabensumme festzulegen.

Der Voranschlag 1959 ist genau so wie die Voranschläge der vergangenen Jahre von gewissen Schatten überdeckt. Wir können feststellen, wie diese Schatten entstanden sind und mit welchen Mitteln wir vielleicht einmal imstande sein werden, sie zu überwinden. Über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben in den letzten fünf Jahren hat schon der Herr Finanzreferent eine gewisse Übersicht gegeben. Ich möchte aber dem Hohen Landtag noch einige Millionenziffern seit dem Jahre 1954 in Erinnerung bringen. Wir haben im ordentlichen Voranschlag des Jahres 1954 einen Ausgabenbetrag von 579 Millionen Schilling gehabt, der im Laufe der Jahre bis 1959 — ich spreche nur vom ordentlichen Voranschlag — sich jährlich um 100 bis 200 Millionen Schilling steigerte, so daß wir nun im Jahre 1959 bei der Ziffer von 1 Milliarde 210 Millionen Schilling angekommen sind. Demgegenüber steht die Einnahmenseite. Wir können feststellen, daß bei den Einnahmen des Jahres 1954 in der Höhe von 540 Millionen Schilling sich eine Steigerung bis 1959 auf 1 Milliarde 124 Millionen Schilling ergibt. Es ist also auch bei den Einnahmen eine sprunghafte Steigerung zu verzeichnen, wir müssen jedoch im heurigen Voranschlag feststellen, daß diese sprunghafte Steigerung bei den Einnahmen nicht mehr vorkommt. Es ist dies keine besondere Erscheinung, sondern sie ist durch die Stabilisierung unserer Wirtschaft leicht erklärlich, und es war vorauszusehen, daß ein weiterer Aufschwung in demselben Tempo,

wie es in den vergangenen Jahren der Fall war, bei der wirtschaftlichen Stabilisierung nicht nur in Niederösterreich, sondern im ganzen Bundesgebiet nicht wieder zu erwarten sein wird. Vielleicht hat diese Stabilisierung der Wirtschaftsverhältnisse auch gewisse Vorteile, nur müssen wir, soweit sich das jetzt in unserem Voranschlag für das Jahr 1959 auswirkt, darauf achten, daß auch auf der Ausgabenseite dieser Entwicklung der Einnahmenseite Rechnung getragen wird. Leider ist heute noch festzustellen, daß die Kurve der Einnahmenseite, wenn man das bildlich darstellen wollte, sich verflacht, während es auf der Ausgabenseite selbstverständlich immer noch zu einer Steigung dieser Kurve führt. Hier den richtigen Ausgleich zu schaffen und den gegebenen Notwendigkeiten zu entsprechen, ist eine der Hauptaufgaben einer planenden und richtig funktionierenden Finanzverwaltung, und ich glaube, daß gerade mit der Vorlage des Voranschlages für das Jahr 1959 sowohl das Finanzreferat wie auch der Finanzreferent den Beweis geliefert haben, daß sie diesen Gegebenheiten entgegensehen und daß der Landtag daher in der Lage ist, ein klares, ein einheitliches und richtig gegliedertes Budget zur Beratung als Grundlage zu haben, das die finanzielle Ordnung im Lande Niederösterreich im Jahre 1959, als dem letzten in dieser Legislaturperiode, aufrechterhalten kann.

Der Herr Vorredner hat sich mit der Frage Wien und Niederösterreich beschäftigt. Ich möchte nur auf die Bemerkung, daß es namentlich für den Bauernstand in Niederösterreich vorteilhaft ist, in dem großen Konsumzentrum Wien einen gesicherten Abnehmer für seine Produkte zu haben, folgen des erwidern. Diese Darstellung ist richtig und kann nicht bestritten werden. Sie ist aber einseitig, denn umgekehrt sind auch die Bewohner Niederösterreichs — und hier namentlich die Bauernschaft — zum Großteil Konsumenten in Wien. Daher bin ich der festen Überzeugung, daß bei gutem Willen ein Ausgleich der Gegensätze zu finden sein wird, und daß man im Verhandlungswege, ohne solche Polemiken auf die Spitze zu treiben, imstande sein muß, einen gerechten Ausgleich in der Form zu schaffen, daß auch die Lebensnotwendigkeiten Niederösterreichs gerecht behandelt und richtiggehend honoriert werden. Herr Präsident Wondrak hat auch erwähnt, daß es eine Selbstverständlichkeit ist, daß die Vertreter der einzelnen Länder die Vorsprünge, die sie nun einmal im Laufe der Jahre erreicht haben, zäh verteidigen, und er hat recht, wenn er sagt, daß es schlechte Ländervertreter wären, die bei

den Finanzausgleichsverhandlungen die Interessen ihrer Länder auf diesem Sektor nicht wahrnehmen würden. Aber auch wir müssen behaupten, daß unser Finanzreferent ein schlechter Vertreter Niederösterreichs wäre, wenn er nicht die Nachteile, die Niederösterreich im Laufe der Zeit bei diesen Finanzausgleichsverhandlungen erlebt hat, hervorheben und gleichzeitig die Forderungen Niederösterreichs mit einem besonderen Elan vertreten würde, um die Rechte der Niederösterreicher zu wahren und auch die entsprechenden Erfolge für uns nach Hause zu bringen. (Beifall bei der ÖVP. — Rufe: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Wenn ich das Wort Finanzausgleich höre und an den Streit denke, der hier jährlich immer wieder um diesen Finanzausgleich, der mehr oder weniger die Grundlage für unsere Finanzierung im Lande darstellt, entsteht, dann muß ich mich wirklich auf den Wortlaut dieses Ausdruckes berufen. Es heißt nicht Finanzteilung, sondern Finanzausgleich, und unter Ausgleich versteht jeder von uns, daß von der Seite, wo vielleicht ein Überfluß besteht, der anderen Seite etwas überlassen wird, also zugunsten desjenigen, der nicht die wirtschaftlichen Möglichkeiten hat, dieselben Verpflichtungen wie der andere zu erfüllen und daher im Wege eines Ausgleiches die auch für ihn notwendigen Mittel aus den gemeinsamen Steuern zu erhalten hat. Ich glaube, auf einer solchen Basis könnte man sowohl mit den westlichen Bundesländern ein vernünftiges Wort reden, als auch den Interessenausgleich zwischen Wien und Niederösterreich in die Wege leiten, um zu einer befriedigenden Lösung zu kommen. Ich habe bereits erwähnt, daß sich die Wirtschaft der einzelnen Bundesländer verschieden entwickelt hat, und daß sie bei uns zurückblieb, ist eben eine Angelegenheit, die ich zuvor mit dem Schatten über unserem Voranschlag bezeichnete.

Hohes Haus! Ich habe bereits in einem der vergangenen Jahre darauf hingewiesen, mit welchen Nachteilen Niederösterreich seine Finanzgebarung zu besorgen hat, und ich möchte es auch heute nicht unterlassen, zunächst darauf hinzuweisen, daß die Klagen, die von allen Seiten immer wieder auf den verschiedensten Gebieten an uns herangetragen werden, durch die verschiedensten Umstände verursacht sind. Als erstes möchte ich erwähnen, daß Niederösterreich unter allen Bundesländern die größten Kriegsschäden erlitten hat. Wir waren leider in der unglücklichen Lage, daß bei uns das Tausendjährige Reich sein Ende gefunden hat und daß sich die Endkampfhandlungen gerade auf

niederösterreichischem Boden abspielten. Ich will nicht alles das heraufbeschwören, wie es damals im Lande Niederösterreich, privat und öffentlich, ausgesehen hat. Aber was die Landesfinanzen an der Wiederherstellung zerstörter Straßen, Brücken und anderer Einrichtungen zu leisten gehabt haben, ist mit den Ausgaben auf diesem Gebiet in anderen Bundesländern einfach nicht zu vergleichen. Zu diesen Schäden, die durch Kriegshandlungen direkt entstanden sind, kommen als zweite belastende Hypothek jene Schäden hinzu, die uns im Laufe der zehnjährigen Besetzung zugefügt wurden. Wenn wir heute nicht die notwendigen Mittel zur freien Verfügung haben, um die jetzt an uns heranretenden Probleme zu lösen, dann müssen wir das vielfach jener Ursache zuschreiben, die uns heute noch zwingt, zur Beseitigung von Besetzungsschäden in Mauer-Öhling über 60 Millionen Schilling und in der Hyrtlischen Waisenanstalt in Mödling über 30 Millionen Schilling zu investieren und die vielen zerstörten Altersheime in stand zu setzen und damit in Verbindung an die Errichtung neuer Gebäude zu denken, so daß wir noch auf Jahre hinaus gerade aus diesem Titel manche Mittel, die wir für andere Zwecke notwendig brauchen würden, festgelegt haben und dadurch in unserer Handlungsfreiheit, in unserer Entschlußfreiheit sehr stark behindert sind.

Das Kapitel Straßen ist die dritte große Hypothek, die auf unserem Land lastet. Die verschiedensten Vorschläge, die auf diesem Gebiet gemacht wurden, sind wirklich notwendig, erörtert zu werden, damit auch unser Straßennetz in einen Zustand versetzt wird, der sich mit dem Straßennetz der übrigen Bundesländer vergleichen lassen kann. Und wenn dann noch als vierte Sache die ungerechte Behandlung im Finanzausgleich dazukommt, so haben wir die Ursachen, warum wir bei den Verhandlungen über den Voranschlag nicht frei entscheiden können, sondern an die knappen Mittel auf der Einnahmenseite gebunden sind, aber auch gebunden sind durch verschiedene Ausgaben, die bereits in der Vergangenheit ihre Begründung haben und daher für andere Dinge nicht mehr verwendbar sind.

Ich will aber dieses Bild schwarz auf schwarz nicht weiter ausmalen, das hat bereits Herr Abg. Dubovsky in seiner Rede getan. Wir müssen aber feststellen, daß gerade das Land Niederösterreich mit eigenen Mitteln und aus eigener Kraft — und hier mit Unterstützung des Landtages und durch die Tätigkeit der Landesregierung — daran gegangen ist, sich selbst zu helfen, soweit es

überhaupt möglich war. Es ist dabei auch mancher Wunsch an die Bundesregierung ergangen, und heute können wir feststellen, daß sowohl auf dem Gebiet des Straßenbaues als auch auf verschiedenen anderen Gebieten manches geschah, was zum Vorteil unseres Landes spricht.

Hohes Haus! Greifen wir noch einmal auf die bereits heute behandelte Frage der Autobahn zurück. Erinnern Sie sich daran, wie man von einer gewissen Seite das Projekt Autobahn belächelt und bekrittelt hat, als es das erstemal an die Öffentlichkeit getragen wurde. Heute steht das Werk, und ich bin der festen Überzeugung, es gibt keinen Zweifler, der sagen würde, es sei nicht notwendig gewesen. Es ist notwendig, weil wir den Anschluß an die übrige Welt gewinnen müssen, um auch den Fremdenverkehr in unser Land zu bringen und um diesen im ganzen Land richtig zu verteilen, ohne Rücksicht darauf, ob eine Abzweigung nach Linz oder eine andere nach Wien geht.

Es wurde jetzt die Debatte darüber geführt, ob bei dem weiteren Ausbau der Autobahn eine Umfahrung von Wien oder eine Durchfahrt durch Wien gewählt werden soll. Ich wage ruhig die Behauptung aufzustellen, selbst wenn eine Umfahrung von Wien im sogenannten südlichen Teil, also von Neulengbach in Richtung Vösendorf, erfolgt und damit die Verbindung nach Wiener Neustadt, Graz und weiter nach Kärnten hergestellt werden kann, wird es einem Besucher Österreichs, der Wien als Ziel gewählt hat, niemals einfallen, diese Stadt zu umfahren und in Wiener Neustadt zu landen, sondern er wird den nächsten Zubringer, der in die Bundeshauptstadt führt, benützen, um hier seinen Urlaub zu verbringen, seine Erholung zu suchen, seine Kenntnisse zu erweitern oder sonst etwas zu unternehmen, was er sich beim Antritt seiner Urlaubsreise vorgestellt hat. Daher, meine ich, soll dieser Streit mehr ein Streit der Techniker sein, was besser und billiger zu bauen ist, aber der Vorteil wird sowohl für das eine wie auch für das andere Bundesland vorhanden sein, wenn dieses Autobahnnetz seinen Anschluß an den westlichen Teil Österreichs und darüber hinaus ins Ausland gefunden hat.

In den letzten Wochen sind zwei bedeutende Abschnitte dieser Autobahn eröffnet worden. Ich möchte darauf verweisen, daß gerade bei dieser Gelegenheit ersichtlich wurde, daß uns die Autobahn nicht nur für die Zukunft Aspekte verschafft und den Fremdenverkehr fördern soll, sondern daß gerade bei der Durchführung dieses Projektes für uns in Niederösterreich eine sehr starke

wirtschaftliche Belegung stattgefunden hat, die gleichzeitig auch zur Sicherung der Arbeitsplätze beitrug und auf Jahre hinaus noch in demselben Sinne wirken wird. Der Bau der Autobahn hätte schon früher begonnen werden können, aber es waren verschiedene Widerstände, auch strategischer Natur, dagegen, und es war bereits einmal in der Zeit der Besetzung eine Genehmigung vorhanden, diese Autobahn zu errichten, aber nur unter der Verpflichtung, daß nicht die Ennsbrücke gebaut wird. Hohes Haus! Ich bin der festen Überzeugung, daß es richtig angebracht ist, den Ausspruch, den ich unlängst in einem Zeitungsartikel gelesen habe, hier beim Bau der Autobahn zu erwähnen: Wir haben genügend Mauern, aber zuwenig Brücken! Und so soll auch diese Autobahn nichts Trennendes, sondern etwas Verbindendes werden, sowohl zwischen den Ländern als auch im eigenen Land, und sie soll in der Zukunft jene Zweige der Volkswirtschaft besonders fördern, die wir unter Fremdenverkehr verstehen. Denn gerade der Fremdenverkehr ist es, der jene Devisen bringt, die notwendig sind, um eine Handelsbilanz, die Abgänge aufweist, in eine Zahlungsbilanz zu verwandeln, die positiv ist.

Wir haben es aber auch — außer der Autobahn — erlebt, daß große Baustellen in Niederösterreich im Laufe dieser Legislaturperiode errichtet wurden und auch heute noch in Projektierung sind. Ich möchte hier nur an den Bau des Großkraftwerkes Ybbs-Persenbeug an der Donau erinnern, das uns nicht nur neue elektrische Kraft bringt, sondern es auch durch die Nebenbauten ermöglicht, daß wir heute auf einer Betonstraße durch die schönsten Gegenden Niederösterreichs von Krems bis nach Grein fahren können. Auch diese Straße wird ihre befruchtende Wirkung auf den Fremdenverkehr unseres Landes ausüben. Und so wie heute bereits über Grein gesprochen wurde, weiß ich beispielsweise aus der Wachau, daß die dort ansässigen Gastwirte und Hotelbesitzer bereits in der kurzen Zeit nach der Eröffnung der Wachaustraße, die ja auch einmal als Luft- und Weinstraße bezeichnet wurde, ihre Befriedigung darüber zum Ausdruck bringen, daß sich seither ihre Betriebe wesentlich gebessert haben.

Aber außer dem Straßenbau, außer dem großen Werksbau Persenbeug möchte ich noch darauf verweisen, daß die Landesverwaltung auch wesentlich dazu beigetragen hat und grundlegende Arbeit leistete, um das Hauptübel in diesem Lande, nämlich die Wirtschaftsnot, die durch die Abwanderung der Betriebe entstanden ist, zu beseitigen.

Und da war es vor allem die Sorge, den hier sich wieder ansiedelnden Betrieben die notwendige Energie zur Verfügung zu stellen, damit diese Betriebe auch in unserem Land rentabel arbeiten und den Konkurrenzkampf mit den Betrieben in anderen Bundesländern aufnehmen können. Und daher war es richtig und gut, daß der Naturschatz, der sich in unserem Gebiet befindet, das Erdgas, unserer niederösterreichischen Wirtschaft so rasch als möglich nutzbar gemacht wurde. Es sind erfreuliche Fortschritte auf diesem Gebiet erzielt worden, und wir haben nur die Hoffnung, daß uns die Versorgung Niederösterreichs mit diesem bequemen und billigen Energieprodukt wirklich wieder die Möglichkeit gibt, Wirtschaftsbetriebe im Lande anzusiedeln oder neu erstehen zu lassen. Ich glaube wohl, daß es angezeigt ist, hier mit einigen Zahlen die Tätigkeit in dieser Hinsicht zu unterstreichen. Die Gasmenge, die uns in Niederösterreich laut Vertrag vom 12. Juni 1957 zur Verfügung steht, beträgt stündlich 65.000 Kubikmeter, macht also, auf das Jahr umgerechnet, den Betrag von 560 Millionen Kubikmeter aus. Es war notwendig, aus den Quellen, aus denen dieses Erdgas strömt, die Rohrleitungen so rasch als möglich ins ganze Land hineinzubauen, und so hat die Niogas es erreicht, daß in der kürzesten Zeit zunächst einmal 340 Kilometer Hochdruckleitungen und 20 Kilometer Niederdruckleitungen in der Zeit von zweieinhalb Jahren gebaut wurden und außerdem bereits bestehende 60 Kilometer Hochdruckleitungen und 265 Kilometer Niederdruckleitungen übernommen wurden, so daß heute in Niederösterreich zur Verteilung dieses Naturproduktes in der kurzen Arbeitszeit 685 Kilometer Rohrleitungen zur Verfügung stehen. Diese Rohrleitungen wurden auf wirtschaftlichste Weise in die Erde gebracht, und sie halten einem Vergleich mit jenen im Ausland vollkommen stand. Eine ähnliche Rohrleitung wurde in letzter Zeit von Hamburg in das Ruhrgebiet gelegt, um das Rohöl, das die Schiffe ausladen, so rasch und so billig als möglich in die Verbraucherzentren der deutschen Industrie zu bringen. Auch dort wurden die Methoden angewendet, deren man sich auch in Niederösterreich in komplizierten Arbeitsgemeinschaften bedient. Nur ist festzuhalten, daß ein Meter dieser Rohrleitung in Westdeutschland, obwohl dort die Grund- und Bodenverhältnisse günstiger liegen als in Niederösterreich, auf rund 728 S zu stehen kommt, bei uns aber nur auf 613 S. Wir sehen daraus, daß durch rationelle Arbeit, durch richtigen Einsatz der Maschinen und durch eine gute Arbeitsorganisation

mit den zur Verfügung stehenden Mitteln im Interesse der gesamten Landesbevölkerung wirtschaftlich gearbeitet wurde.

19 Ortsnetze sind angeschlossen, 5 Städte sind bereits mit Erdgas versorgt, und es steht fest, daß 90 Prozent der zur Verfügung stehenden Erdgasmenge an Großverbraucher in der Industrie abgegeben werden, denn 67 solche Großkonsumenten sind bereits angeschlossen oder im Begriff, an diese Erdgasleitung angeschlossen zu werden. Dementsprechend ist auch der Konsum in Niederösterreich sehr stark angestiegen; er hat sich vom Juni 1957 bis September 1958 von 2,6 Millionen Kubikmeter auf 12,8 Millionen Kubikmeter erhöht. Das war selbstverständlich nur auf Grund der Vollendung des Rohrnetzes möglich.

Warum ich besonders diese Frage betone, liegt in dem Umstand, daß wir hier ein Werk vor uns haben, das es ermöglicht, nicht nur über die allseits gestellte Forderung auf Belebung der niederösterreichischen Wirtschaft zu reden, sondern sie auch in die Tat umzusetzen. Die Ersparnisse, die sich dabei auch in volkswirtschaftlicher Hinsicht ergaben, sind nicht zu unterschätzen. Und hier hat Niederösterreich vielleicht einen wesentlichen Beitrag zur Devisenlage beziehungsweise zur Stabilisierung unseres Geldwertes geleistet.

Die 150 Millionen Kubikmeter Erdgas, die 1958 verbraucht wurden, entsprechen, ihrem Wärmegehalt nach umgerechnet, einer Menge von 175.000 Tonnen Steinkohle; das ergibt für 1958 eine Ersparnis von 5,25 Millionen Dollar oder 136,5 Millionen Schilling. Wir können daraus ersehen, daß auf diese Weise nicht nur die niederösterreichische, sondern die gesamte österreichische Wirtschaft eine Belebung und damit aber auch die Finanzkraft im gesamten Bundesgebiet eine Stärkung erfahren hat.

Die zweite große Einrichtung, die auch wesentlich dazu beigetragen hat, um die Industrien, die entweder im Entstehen begriffen sind oder die Absicht haben, sich in Niederösterreich wieder seßhaft zu machen beziehungsweise sich neu einzurichten, mit den notwendigen Energiemengen auszustatten, liegt in der Stromversorgung. Auf dem Gebiet der Stromversorgung hat die Mehrheit des Hauses entschieden eingegriffen. Und ich möchte besonders betonen: Es ist in gemeinsamer Arbeit erreicht worden, daß 480 Millionen Kilowattstunden aus eigenen Werken unserer Landesanstalt, der Newag, geliefert werden können. Ottenstein liefert 58 Millionen, Dobra 40 Millionen, Thurnberg 12 Millionen, Wienerbruck 13 Millionen,

Erlaubboden 10 Millionen, 45 kleinere Werke liefern 51 Millionen Kilowattstunden und das Erdgaswerk Neusiedl an der Zaya, das in den letzten Tagen zum Vollbetrieb übergegangen ist, liefert bereits 66 Millionen Kilowattstunden; es wird noch ergänzt und vervollständigt durch das in Bau befindliche Dampfkraftwerk in Korneuburg, das mit Gas geheizt wird und das eine jährliche Leistung von 230 Millionen Kilowattstunden aufzuweisen haben wird. Es stehen uns daher aus eigenen Landeswerken jährlich 480 Millionen Kilowattstunden bei einem Bedarf von 865 Millionen Kilowattstunden zur Verfügung, so daß jetzt rund 50 Prozent des niederösterreichischen Strombedarfes aus eigenen Werken gedeckt werden. Dabei müssen wir aber die Feststellung machen, daß der Stromverbrauch noch weiterhin im Ansteigen begriffen ist und daß sich von 1954 bis 1958 ein Zuwachs von 402 Millionen Kilowattstunden ergab. Wir können also sagen, daß die Stromerzeugung aus den eigenen Werken infolge des Mehranfalles im Verbrauch fast vollkommen aufgesaugt erscheint. Es ist daher für uns eine dringende Notwendigkeit, gerade auf dem Gebiete der Elektrizitätsversorgung den begonnenen Weg fortzuschreiten und noch mehr dafür zu sorgen, daß Strom in genügender Menge zur Verfügung steht, um den Konsum decken zu können. Wir erachten es als eine Selbstverständlichkeit, daß sich unser Finanzreferent dafür einsetzt, daß ein Teil der geplanten Großkraftwerke an der Donau im Mittelpunkt des Konsumzentrums Wien und Niederösterreich errichtet wird. Darum stellt das Projekt eines Donaukraftwerkes Klosterneuburg für uns Niederöreicher eine unumgängliche Notwendigkeit dar, sowohl in der Frage der Arbeitsbeschaffung als auch der kommenden Stromversorgung.

Hohes Haus! Ich glaube wohl, daß mit dem vorliegenden Voranschlag wieder eine genaue Übersicht über die Ausgaben- und Einnahmemöglichkeiten für 1959 gegeben wird. Damit ist aber auch eine gewisse Ordnung in Bedarf und Bedeckung gelegt. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Erstellung des Voranschlages für uns immer insofern schwierig ist, als wir mit einer gegebenen Einnahmengrenze zu rechnen haben, der eine Ausgabenseite gegenübersteht, die ins unendliche gesteigert werden kann. Wir haben keine Steuerhoheit, daher liegt es nicht in unserer Macht, die Einnahmenseite irgendwie wesentlich zu beeinflussen. Wir sind daher genötigt, die uns zur Verfügung stehenden Mittel so zu verteilen, daß damit die notwendigen Aufgaben des Landes mög-

lichst gleichmäßig berücksichtigt, gefördert und durchgeführt werden können. Daß der Landtag dabei eine wichtige verfassungsmäßige Aufgabe zu leisten hat, steht ohne Zweifel fest. Diese verfassungsmäßige Aufgabe besteht darin, daß wir jene Beträge genehmigen, die die Landesregierung im Wege der Verwaltung ausgeben kann. Wir geben auch mit dem Beschluß über den Voranschlag der Verwaltung die Vollmacht, mit diesen Beträgen die Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Ich glaube daher, daß die Gliederung des Voranschlages in einen ordentlichen, außerordentlichen und Eventualvoranschlag gut ist. Vom ordentlichen Voranschlag wissen wir, daß er zum großen Teil gebundene Ziffern enthält, über die wir nicht frei verfügen können. Im außerordentlichen Voranschlag ändert sich bereits das Bild. Der Eventualvoranschlag ist fast gänzlich dazu bestimmt, Investitionen durchzuführen, die für unser Land von großer Bedeutung sind. Ich glaube, das Land hat auch in der Vergangenheit hier seine Pflicht erfüllt, und es wäre verlockend, eine Zusammenstellung zu machen, aus der ersichtlich ist, was alles auf freiwilliger Basis in Niederösterreich in den vergangenen Jahren geschaffen wurde. Das kann jeder Abgeordnete tun, und er wird dann sehen, daß auf Spital-, Schul-, Heim- und Wohnungsbauten so Bedacht genommen wurde, daß der Bedarf, wenn nicht gänzlich, aber doch so erfüllt werden konnte, daß das Land nach seinen Möglichkeiten wirklich das Notwendige zur Erfüllung seiner Aufgaben beizutragen hat.

Ich möchte noch zum Schluß meiner Ausführungen darauf verweisen, daß wir selbstverständlich bei der sparsamsten Wirtschaftsführung im Landeshaushalt verschiedene Forderungen auch seitens des Landtages an die Verwaltung zu stellen haben. Ich bin der festen Überzeugung, daß wir uns manche Beträge besser verwendet vorstellen können und daß eine richtige Koordinierung der verschiedenen Bauämter und Referate die Voraussetzung für eine sparsame und wirtschaftliche Durchführung der Aufgaben des Landes schaffen könnte. Ich würde weiter dafür plädieren, daß die verschiedensten Projekte, die die Landesverwaltung im Auge hat, gut und lange geplant werden, dann aber einer möglichst raschen Durchführung unterzogen werden. Nur dann ist es möglich, billig und gut zu bauen. Aber auch der Hohe Landtag wird sich in Zukunft mit der Frage zu beschäftigen haben, was jeder solcher Beschlüsse für den nächsten Voranschlag an Belastung bedeutet, und er wird darnach seine Debatten einzurichten haben.

Wenn heute vielfach von der Verwaltungsreform gesprochen wurde, bin ich der Überzeugung, daß es auch bei uns möglich sein wird, durch eine Verwaltungsreform — ich möchte das Wort Einsparung nicht gebrauchen — wirtschaftlicher zu arbeiten, als es manchmal bisher geschehen ist. Ich habe bereits eingangs darauf hingewiesen, daß der Herr Abg. Dubovsky die wirtschaftlichen Sorgen nicht im rosigsten Lichte dargestellt hat. Ich stimme ihm bis zu einem gewissen Grad zu. Aber daß wir gleichsam vor einem wirtschaftlichen Zusammenbruch stehen, Herr Abg. Dubovsky, glauben wir auch nicht. Es wurde nicht wortwörtlich ausgesprochen, aber es war der Tenor Ihrer Ausführungen. Ich glaube, alle, die wir mehrere Perioden hindurch schon hier sitzen, kennen ja noch immer die jährlichen Jeremiaden, die Herr Landesrat Genner gesungen hat, und wenn es nach seinen Prophezeiungen gegangen wäre, hätten wir keinen Schilling mehr, die Wirtschaft Österreichs wäre längst zugrunde gegangen, unsere Bevölkerung würde nur noch aus Arbeitslosen bestehen und wir hätten nichts anderes mehr zu erwarten, als in die Volksdemokratie hinüberzuwandern. Gott sei Dank ist es durch die Tätigkeit der beiden Koalitionsparteien nicht soweit gekommen! Wenn man davon spricht, daß es in kapitalistischen Staaten Konjunktur und Krise gibt, möchte ich fragen: Wie schaut es denn in Rußland aus? Da gibt es auch eine Konjunktur, die dann plötzlich in eine Krise endet, nur ist das nicht so sehr in der Wirtschaft zu sehen, als in der Person, die erst als Herrgott gegolten hat und jetzt in die Verbannung geschickt wurde. Diese Konjunktur und Krise trägt bestimmt nicht zum Nutzen der Bevölkerung bei. (Abg. Dubovsky: *Er hat keine Ahnung!*) Ich muß weiter feststellen, daß auch Widersprüche aus dieser Rede des Herrn Abg. Dubovsky hervorgehen. Wenn man auf der einen Seite sagt, Export und Konsum sind in einem unrichtigen Verhältnis und auf der anderen Seite hört, daß die Warenumsatzsteuer 1:15 gestiegen ist, so muß doch auch der Umsatz der Waren in einem ähnlichen Verhältnis gestiegen sein, denn der Prozentsatz der Warenumsatzsteuer hat sich nicht erhöht. (Abg. Dubovsky: *50 Prozent wurden dazugeschlagen!*) Herr Abg. Dubovsky, Sie bringen mich nicht aus dem Gleis. Es steht zur Debatte, daß diese Steigerung von 1:15 auch auf einen erhöhten Umsatz an Waren zurückzuführen ist, und wenn hier davon gesprochen wird, daß der ganze Gewinn bei kapitalistischen Staaten nur in die Taschen der Unternehmer wandert, so möchte ich fragen: Wieso ist es möglich, daß

die Steigerung des Umsatzes mit den Autos in ganz Österreich eine unerhörte Zahl erreicht hat? Wenn sich die Autobesitzer, die, wie wir sagen, unsere Straßen ruinieren, nur aus Kapitalisten zusammensetzen würden, so wären wir das glücklichste Land auf Gottes Erdboden, da dann unser Reichtum, wie die Zahl der Autobesitzer zeigt, sehr groß wäre. Meine Damen und Herren! Ich glaube, es kann jeder von uns aus seinem eigenen Familien- oder Bekanntenkreis feststellen, daß die Anschaffung von Küchenmaschinen, Kleidung, Mopeds usw. noch nie so groß war, wie gerade in der letzten Zeit. Das ist ein Zeichen dafür, daß die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung nicht gesunken, sondern gestiegen ist und daß wir es absolut nicht notwendig haben, uns durch Unkenrufe in Mißkredit bringen zu lassen. (*Rufe bei der ÖVP: Sehr richtig! Bravo!*) Es ist immer gefährlich, wenn man in einer Zeit, wo es notwendig ist, die verschiedenen Bedürfnisse des öffentlichen Haushalts durch Kredite zu befriedigen, in die Kreditwürdigkeit dieser Körperschaften gewisse Zweifel setzt, weil dadurch der Bevölkerung nicht gedient wird und darüber hinaus das Übel, das man gerne verhindern möchte, noch größer gemacht wird, als es von Haus aus ist. Aber ich glaube wohl, daß wir ganz ruhig auch wieder einmal einen Blick nach Rußland werfen können. Der Herr Abg. Dubovsky hat ausdrücklich erklärt, daß der Lebensstandard der dortigen Menschen sehr hoch ist. Ich kenne die Lebensverhältnisse in Rußland nicht, muß jedoch annehmen, daß es so ist, wie berichtet wird. Weil wir Menschen in Mittel- und Westeuropa gewohnt sind, logisch zu denken, ziehe ich aus den Nachrichten, die wir doch aus dem Moskauer Sender hören und die in der freien Welt nicht unbekannt sind, meine Schlüsse. (*Zwischenrufe bei den Kommunisten.*) Vor ganz kurzer Zeit wurde der noch laufende Fünfjahresplan abgebrochen und durch einen Siebenjahresplan ersetzt — ich bitte, jetzt genau aufzupassen —, und zwar hat man dies damit begründet (*zu den Kommunisten gewendet*) — es mag Ihnen dies jetzt unangenehm sein —, daß in diesen sieben Jahren in Rußland der Lebensstandard der amerikanischen Arbeiter erreicht werden soll. (*Abg. Dubovsky: Cipin, kläre ihn auf!*) Daraus ist zu schließen, daß erstens der Lebensstandard der amerikanischen Arbeiter in Rußland heute noch nicht erreicht ist und zweitens, daß es auch für den russischen Arbeiter wünschenswert ist, den Lebensstandard des kapitalistischen Amerika zu erlangen. Mehr habe ich dazu nicht zu sagen. (*Beifall rechts.*)

Ich glaube auch, daß das Gerede von der Profitwirtschaft der ÖVP, und daß diese nur den Kapitalisten diene, ein Anzeichen dafür ist, daß das Jahr des Friedens zu Ende geht und der Wahlkampf langsam einsetzt, was auch Kollege Wondrak ganz richtig erwähnt hat. Im übrigen, Herr Abg. Dubovsky, sage ich Ihnen ganz offen, daß wir uns alle miteinander glücklich schätzen würden, wenn jeder Mensch so ein kleiner Kapitalist wäre. Erinnern Sie sich nur an die Äußerungen der russischen Soldaten bei ihrem Einmarsch in Favoriten, als sie in die Siedlungen der Arbeiter gekommen sind und beim Anblick der Wohnungen gerufen haben: „Kapitalista! Kapitalista!“ Wenn man schon in anderen Ländern nicht weiß, daß das den Anforderungen des Lebens für den Durchschnittsmenschen entspricht, so ist es doch betrüblich, in einer Budgetdebatte des Landes Niederösterreich, das wahrlich um seine Rechte zu kämpfen hat, mit so fadenscheinigen Argumenten zu operieren. (*Beifall bei der ÖVP.*) Ich glaube, darüber sind wir uns alle einig. Wir werden unsererseits alles daransetzen, den Voranschlag 1959 voll und ganz zu erfüllen, und zwar nicht nur die Ziffern des ordentlichen, sondern auch jene des außerordentlichen Budgets und des Eventualbudgets. So werden wir mit aller Zuversicht, wie in der Vergangenheit, trachten, zum Wohle unseres Landes und zum Wohle der niederösterreichischen Bevölkerung zu wirken. (*Lebhafter Beifall bei der Volkspartei.*)

PRÄSIDENT SASSMANN: Die Rednerliste zur Generaldebatte ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL (*Schlußwort*): Ich verzichte auf das Schlußwort und bitte um Einleitung der Spezialdebatte.

PRÄSIDENT SASSMANN: Ich komme nun zur Anfrage, ob das Hohe Haus damit einverstanden ist, in die Spezialdebatte einzugehen. Wer dafür ist, bitte ich um ein Handzeichen. (*Geschieht*): A n g e n o m m e n. (*Zweiter Präsident Wondrak: Beginn morgen früh um 9 Uhr.*) Herr Präsident, ich will nur eine Mitteilung machen. Ich beabsichtige, bei der Spezialdebatte die Beratung und Beschlußfassung des ordentlichen, außerordentlichen und Eventualvoranschlags über alle Gruppen, des Gesetzentwurfes über die Einhebung einer Landesumlage für das Jahr 1959, des Dienstpostenplanes 1959 je unter

einem abzuführen und nach Verabschiedung des ordentlichen, außerordentlichen und Eventualvoranschlags, des Gesetzesentwurfes über die Einhebung einer Landesumlage für das Jahr 1959 und des Dienstpostenplanes 1959 über den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1959 als Ganzes hinsichtlich Erfordernis und Bedeckung und auch über den Antrag des Finanzausschusses zum Voranschlag Punkt 1 bis Punkt 13, Punkt 15 und Punkt 16 sowie Punkt 14 im Wortlaut des Gesetzes abstimmen zu lassen.

Bei der Abstimmung über die einzelnen Gruppen des Voranschlags beabsichtige ich, zunächst über allfällige Abänderungs- oder Zusatzanträge zu den drei Teilen des Voranschlags 1959, dann über die Gruppen selbst und zum Schluß über allfällige zu der in Beratung gestandenen Gruppe eingebrachten Resolutionsanträge abstimmen zu lassen, wobei der eingebrachte Resolutionsantrag des Herrn Abg. Dubovsky ebenfalls zur Abstimmung gelangt.

Ich will nur noch zur Einleitung der Gruppe 0, Landtag und Allgemeine Verwaltung, des ordentlichen, außerordentlichen und Eventualbudgets dem Herrn Berichterstatter das Wort erteilen.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL: Die Gruppe 0, Landtag und Allgemeine Verwaltung, weist ordentliche Ausgaben im Betrage von 268,342.400 S aus, denen Einnahmen von 17,292.000 S gegenüberstehen. Es ergibt sich daher ein Nettoerfordernis von 251,050.400 S.

Diese Gruppe enthält die Ausgaben und Einnahmen, soweit sie den Landtag, die Landesregierung, das Amt der Landesregierung, die Bezirkshauptmannschaften, besondere Verwaltungsbehörden, die Gebarung mit den Ruhe- und Versorgungsgenüssen und sonstige in diesen Rahmen fallende Aufwendungen betreffen.

Die Ausgaben dieser Gruppe betragen 22,2 Prozent des Gesamtaufwandes, während sich die gleiche Verhältniszahl im Vorjahr mit 23,4 Prozent bezifferte. Die Ausgaben-summe der Gruppe 0 weist gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um rund 6 Millionen Schilling aus. Hiervon entfallen 1,5 Millionen Schilling auf den Personalaufwand, 2 Millionen Schilling auf Reisekosten und der Rest auf den Sachaufwand. Der Mehraufwand an

Reisekosten ist im besonderen auf die Auswirkungen und Nachzahlungen auf Grund der Landesreisegebührenvorschrift 1958 zurückzuführen. Im Sachaufwand bringt die Miete für die Hollerithanlage Mehrausgaben von rund 500.000 S. Um denselben Betrag erhöht sich der Sachaufwand der Bezirkshauptmannschaften. Weiter wurden 400.000 S für die Kosten der Landtagswahl bei dem einzigen neuen Voranschlagsansatz dieser Gruppe, 09—68, ausgewiesen.

Die Mehreinnahmen von rund 1,4 Millionen Schilling sind in höheren Ersätzen von Personalbezügen durch andere Gebietskörperschaften begründet.

Eine Reihe von Voranschlagsansätzen dieser Gruppe sollen aus gebarungstechnischen Gründen als gegenseitig deckungsfähig erklärt werden.

Im außerordentlichen Voranschlag sehen wir bei der Gruppe 0 einen Gesamtbetrag von 3,650.000 S ausgewiesen, der sich aus den Voranschlagsansätzen für Wiederinstandsetzung der Landtagssäle 200.000 S, Instandsetzung der Fassaden des Hauses Wien I, Herrengasse 13,350.000 S, Ausbau und Einrichtung der Räume zwecks Unterbringung der Hollerithanlage 600.000 S, Instandsetzung des Gebäudes der Bezirkshauptmannschaft Gmünd 750.000 S, Einbau einer Zentralheizungsanlage im Amtsgebäude der Bezirkshauptmannschaft Melk 100.000 S, Ausbau des Gebäudes der Bezirkshauptmannschaft Scheibbs 400.000 S, Wohnbauhilfe für Landesbedienstete 1,000.000 S, Kostenbeitrag zur Abhaltung von Jungbürgerfeiern und zur staatsbürgerlichen Jugenderziehung 200.000 S und Förderungsbeitrag für das Österreichische Jugendsingen 50.000 S zusammensetzt.

Im Eventualvoranschlag sehen wir bei Gruppe 0 den Betrag von 550.000 S, der sich wie folgt zusammensetzt: Förderungsbeitrag für die Filmerziehung der niederösterreichischen Jugend 50.000 S, Subvention an den Studentenunterstützungsverein „Akademikerhilfe“ in Wien 300.000 S, Förderungsbeitrag an den Sportklub „Landhaus“ 100.000 S und Förderungsbeitrag an den Spar- und Vorschußverein „Landsknechte“ 100.000 S.

Ich bitte nun den Herrn Präsidenten, über die Gruppe 0 des ordentlichen, außerordentlichen und Eventualvoranschlags die Spezialdebatte einzuleiten.

PRÄSIDENT SASSMANN: Hohes Haus! Ich teile mit, daß morgen, Mittwoch, den 17. Dezember, um 9 Uhr die Beratung zum Voranschlag der Gruppe 0: Landtag und Allgemeine Verwaltung, beginnen wird. Ich bitte um pünktliches Erscheinen.

Ich will nur noch mitteilen, daß ich nach der Schlußabstimmung über den Voranschlag 1959 auf die Tagesordnung dieser Sitzung noch die den Geschäftsausschüssen bereits zugeteilten Vorlagen der Landesregierung stellen werde, und zwar: Finanzausschuß Zahl 602; Anträge des gemeinsamen Finanzausschusses und Schulausschusses Zahl 603, des gemeinsamen Landwirtschaftsausschusses und Verfassungsausschusses Zahl 609. Ich

ersuche die Vorsitzenden der Ausschüsse, die Beratungen über diese Vorlagen vornehmen zu wollen.

Außerdem will ich mitteilen, daß es wünschenswert und mein Ersuchen ist, daß jetzt nach dem Plenum der Fürsorgeausschuß im Prälatensaal, der Kommunalausschuß im Prälatensaal, der Landwirtschaftsausschuß im Herrensaal und der gemeinsame Landwirtschaftsausschuß und Verfassungsausschuß im Herrensaal ihre Nominierungssitzungen abhalten wollen.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 17 Uhr 55 Min.)
